Freitag, 24. September, in allen Unterbezirken Berlins Mitglieder-Versammlungen

Es handelt sich um eine Fläche von etwa 5000 Morgen. Der Preis dürfte in die Zehntausende gehen.

•

Während der „Volksentscheid"-Kampagne ließen auch die sozialdemokratischen Führer Plakate herumtragen mit der Forderung: „Entschädigungslose Enteignung der Fürsten." In dem zur Abstimmung gebrachten Gesetzentwurf stand u. a. zu lesen, daß aus dem Grundbesitz der entthronten Fürsten bedeutende Flächen zu Siedlungszwecken nutzbar gemacht werden sollten. Nachdem nun die parlamentarische Enteignungsaktion ins Wasser gefallen ist, findet die preußische Domäne der Sozialdemokratie die Fürsten regelrecht ab durch den Abkauf von Gütern. Das ist das Ende vom Liede: die Sozialdemokraten Braun und Severing müssen um die „Demokratie" willen die 15 Millionen Ja-Stimmen einfach in den Papierkorb werfen, wenn sie nicht von den Regierungssesseln vertrieben werden wollen. Nur Leute, die nicht begriffen haben, daß die formale Demokratie eine Klassenwaffe der Kapitalisten gegen die Proletarier ist, können wegen dieses gesellschaftlich bedingten Verrats der SPD.-Minister ein Protestgeschrei erheben.

Die Typhusepidemie breitet sich aus

WTB. Hannover, 20. Septbr. Die Städtische Pressestelle Hannover teilt mit, daß sich die Zahl der (in Anstaltsbehandlung befindlichen D. Red. d. KAZ.) an Typhus Erkrankten bis heute nachmittag 5.30 Uhr auf 1698 erhöht hat. Bis zu dem gleichen Zeitpunkt sind 73 Fälle tödlich verlaufen.

•

TU. Herne, 20. September. Nach dem Genuß von rohem Hackfleisch sind am Sonnabend und Sonntag im benachbarten Amt Sodingen 54 Personen an Fleischvergiftung erkrankt. Die Krankheit weist paratyphusartige Erscheinungen auf. Die Personen, die das Fleisch in gebratenem Zustande gegessen haben, sind nicht erkrankt.

•

In der Berliner städtischen Kinderheilanstalt Buch sind von den dort 850 untergebrachten Kindern 80 (also fast zehn Prozent) an Paratyphus erkrankt, wie „Morgenpost", „Volkszeitung" und andere bürgerliche Zeitungen berichteten. Der „Vorwärts" gibt die Erkrankungen zu, versucht aber die Typhusgefahr abzuschwächen.

•

Es ist dies kein Wunder, denn man kann nicht gut zugeben, daß in den Krankenhäusern des „reinsozialistischen" Magistrats die Menschen erst richtig erkranken. Warum wird es verschwiegen, daß auch in anderen Berliner Krankenhäusern Typhuserkrankte in größerer Zahl vorhanden sind, als für Berlin normal ist? Im Bethanienkrankenhaus ist die Ziffer schon sehr bedenklich. Warum werden außer Hannover die Erkrankungen nur aus kleinen Landorten gemeldet, obwohl auf dem Lande die Erkrankungen an Typhus viel weniger vorkommen als in den verpesteten Städten mit ihrem größeren Elend? In den Städten lassen sich die Erkrankungsfälle viel besser verschleiern.

Der sozialdemokratische Hannoversche „Volkswille" hat, um sich aus der Schlinge zu ziehen, eine Reihe von Aerzten über die Ursachen der Typhusepidemie befragt. Nach dem Bericht sind es alles Aeußerlichkeiten, „Unterlassungssünden", das Fehlen eines beamteten Gesundheitsarztes und die Mängel der Wasserleitung, die wir schon in unserer Nr. 74 festgestellt haben. Den Aerzten fällt es natürlich nicht ein die Profitordnung, mit ihrem notwendigen Massenelend und ihrer „Fürsorge" als Ursache anzuprangern. Wohl wird zugegeben, daß die Zahl der Erkrankungen auf über 5000 gestiegen ist. Die Zahl wird die ärztlich festgestellten Fälle betreffen. Wir wissen aber, daß die Zahl der Aerzte schon in den ersten Tagen, als es nur wenige hundert Erkrankte waren, nicht ausreicht. In Hannover, wie überall werden die meisten der schon halbverhungerten Proletarier vollends auch ohne Arzt um die Ecke gebracht. Der Bericht gibt aber zu, die Ursache der Epidemie „liegt an den allgemein ungünstigen sanitären Verhältnissen in Hannover. So besteht zum Beispiel in der Südstadt ein fast alljährlich zum Ausbruch kommender Typhusherd in der sogenannten Questenhorst. Hier spotten die gesundheitlichen Verhältnisse jeder Beschreibung. Bei dem Hause 6a spielen an etwa 30 Kinder direkt im Kot herum. Auch sonst ist die Mehrzahl der Erkrankungen in denjenigen Stadtteilen zu verzeichnen, wo die Wohnungsverhältnisse und die Abortanlagen modernen Anforderungen nicht entsprechen. Die Verbreitung der Epidemie von Mensch zu Mensch wird also durch die Wohnverhältnisse stark gefördert. Daher sind die meisten Typhusfälle in der Altstadt, in der die Arbeiterviertel liegen, und in ähnlich veralteten Vierteln vorgekommen."

Der Hannoversche Oberpräsident, Herr Gustav Noske, und das behält der „Volkswille" für sich, scheint sich auf das Niederschlagen von Arbeiteraufständen besser zu verstehen, als auf Verwaltungsarbeit und Eindämmung der Pestherde. Eine Abhilfe würde natürlich Geld kosten und das würde den Kapitalisten vom Profit abgehen. Dann hätte die Sozialdemokratie garnicht nötig gehabt, Herrn Noske der monarchistischen Offiziersklamarilla als Schild zuzustellen, um die Revolution niederzuschlagen und den Kapitalismus zu retten. Schließlich gibt es immer noch zu viel Proletarier als Wegfresser des Profits, trotzdem Herr Noske 1919 20 000 erschlagen ließ.

Gehirnparalyse

„Fordert als Erwerbslose, daß die Wirtschaftsorganisationen der Arbeiter für Verkürzung der Arbeitszeit auf täglich vier bis fünf Stunden oder auf drei bis 4 Tage wöchentlich sich einsetzen! Erst dann könnt ihr wieder auf lohnende Erwerbsarbeit rechnen. Bedenkt, daß kurze Arbeitszeit in kapitalistischen Betriebe bedeutet Lohn, lange Arbeitszeit sichert Lohn bedeuten. Großausbeuter, die überhaupt nicht arbeiten, sacken Millionen ein. Antreiber, die 3 bis 4 Stunden arbeiten, verdienen Tausende. Arbeiter, die sieben Stunden arbeiten, können sich kaum satt essen. Arbeiter aber, die neun bis elf Stunden schuften müssen, wie die Landarbeiter, verkommen in Armut und Dreck. Fordert also von den Gewerkschaftsbeamten: Verkürzung der Arbeitszeit und damit Brot und Arbeit für euch und eure Familie."

Diese Weisheit ist einem syndikalistischen Flugblatt entnommen, das von der Arbeitsbörse Groß-Berlin der Freien Arbeiter-Union Deutschlands herausgegeben wurde anläßlich des Gewerkschaftsrummels.

Um zu wissen, daß im Kapitalismus kurze Arbeitszeit hohen Lohn, lange Arbeitszeit niedrigen Lohn bedeutet, muß man also „Antimarxist" sein. Die Millionen Kurzarbeiter, die doch eigentlich im Genuß des hohen Lohnes sein müßten, haben hoch vergessen, daß sie „fürsorgen" von den Gewerkschaftsbeamten. Die Millionen, die gar nicht arbeiten und doch eigentlich Tausende verdienen, ohne es zu wissen, haben ebenfalls vergessen, sich ihr Geld abzuholen! Welch ein Pech!

Daß die Syndikalisten ein solches Produkt in Massen verbreiten und obendrein noch hoffen, einen Fischzug machen zu können, ist ein Beweis dafür, wie weit die Gehirnparalyse erst umsichgreifen muß, damit die Propaganda der Syndikalisten auf „fruchtbaren" Boden fallen kann. Weil wir aber trotzdem annehmen, daß noch Arbeiter bei den Syndikalisten sind, die noch nicht so hoffnungslos erkrankt sind, wie ihre Geschäftskommission, fragen wir hiermit an, ob die syndikalistischen Organisationen tatsächlich widerspruchslos zu einem Asyl von Leuten werden können, die ihren politischen Veitstanz für Klassenkampf halten. Die Haltung während des „Volksentscheids" war nur ein kleiner Vorgeschmack. Doch obige Tatsache beweist, daß der Syndikalismus in Deutschland immer mehr zu einem öffentlichen Skandal in der Arbeiterbewegung ausartet.

Wirtschaft

Stagnation am Arbeitsmarkt

Die monatlichen und halbmonatlichen Berichte des Reichsarbeitsministeriums über die Bewegung am Arbeitsmarkt im gesamten Reich haben, leider immer erst lange nachträglich, bewiesen, daß man die Berichte des Berliner Arbeitsamtes als Maßstab für ganz Deutschland verwenden kann. Diese Berichte lassen erkennen, daß durch die „Fürsorge" immer mehr Proletarier dem grauen Elend überantwortet, auf den Kehrichthaufen der Geschichte geworfen werden. Von einer Besserung der Wirtschaftslage, abgesehen von den Saisongewerben, ist nicht das geringste zu spüren. Wenn man die Streikbruch-Arbeiten gegen die englischen Bergarbeiter abzieht und die durch sie geweckte, sich auf die Konsumindustrien auswirkende Kaufkraft, so dürfte eher von einer Zuspitzung der Wirtschaftskrise gesprochen werden.

In Berlin waren am 18. September 256 750 Personen bei den Arbeitsnachweisen eingetragen, gegen 260 340 der Vorwoche. Darunter befanden sich 166 524 (169 081) männliche und 90 226 (91 259) weibliche Personen. Unterstützung bezogen 123 672 (128 103) männliche und 62 159 (63 783) weibliche, insgesamt 185 831 (191 886) Personen. Außerdem wurde noch an 36 268 (36 091) Personen Erwerbslosenhilfe gezahlt und 5637 (5071) Personen bei Notstandsarbeiten beschäftigt.

Die lächerlich geringe Zahl der Notstandsarbeiter illustriert wieder drastisch das Geschwätz der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Presse, mit denen man noch vor einigen Wochen (und auch jetzt noch) die Köpfe der Proletarier mit dem „Arbeitsbeschaffungsprogramm" voll Illusionen zu pumpen versucht. Man rechnete klipp und klar aus, daß 500 000 Arbeitslose Arbeit erhalten sollten. Das „Arbeitsbeschaffungsprogramm" ist nichts als eine Bremse gegen die Initiative der Arbeiter, die jetzt durch den „Kongreß der Werktätigen" weiter abgestumpft werden soll. Vielleicht werden die Proletarier bald begreifen, daß sie nur Hilfe bekommen, wenn sie sich selbst helfen.

Stillegung der Donnersmarckhütte.

Die Vereinigte Oberschlesische Hütten-A.-G., d. i. der unlängst gegründete oberschlesische Stahltrust, hat beschlossen, den Hochofen der Donnersmarckhütte stillzulegen. Die 500 Arbeiter sollen bereits am 26. September entlassen werden. Der Trust hat kürzlich schon die Gießereien des Hüttenwerks Gleiwitz und die Eisengießerei Kokonowska stillgelegt.

Der Ruhr-Stahltrust hat bekanntlich in letzter Zeit auch eine Anzahl Betriebe stillgelegt und die Arbeiter entlassen. Das kennzeichnende dieser Stillegungen ist, daß sie in der Zeit erfolgen, in der die Eisenproduktion aus Anlaß des englischen Streiks enorm gesteigert wurde.

Ein Waggonbautrust.

Es vergeht heute fast kein Tag, an dem nicht größere oder kleinere Kapitalskonzentrationen bekannt werden. Augenblicklich werden Verhandlungen gepflogen, die den Zusammenschluß aller maßgebenden Waggonbauwerke bezwecken. Das Ziel ist die vollständige Verschmelzung folgender Werke: Linke-Hofmann-Lauchhammer in Breslau, aus der Zypen & Charlier in Köln, Waggon- und Maschinenfabrik-A.-G. vorm. Busch in Bautzen, Gothaer Waggonfabrik in Gotha, Waggonfabrik-A.-G. Uerdingen, Eisenbahn-Verkehrsmittel-A.-G. in Berlin, Talbot-Eisenbahnwaggonfabrik in Aachen. Die Gesellschaften umfassen ein Aktienkapital von insgesamt rund 116 Millionen Mk. Die Auswirkung ist natürlich die Steigerung der Leistungsfähigkeit durch Technisierung und Umorganisierung und erhöhte Auspressung der proletarischen Arbeitskraft. Voraussetzung und Folge ist, und das ist die weitere Sinn der Konzentration, die Stillegung der veralteten Werke und Entlassung tausender Arbeiter. Erst die Lohnersparung ermöglicht es dem Kapital, die Rationalisierung soweit zu treiben, daß es die nötigen Profite macht. Da dadurch aber weder Kaufkraft noch Absatzgebiete erschlossen werden, bedeutet die Vertrustung des Kapitals nichts weiter als den Angriff auf die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse.

Aus der Bewegung

Bezirkskonferenz der AAU. und KAP.

Am 4. und 5. September tagte in Düsseldorf die kombinierte Bezirkskonferenz von Rheinland und Westfalen. Bei Eröffnung werden einige Zusatzanträge zur Tagesordnung angenommen. Laut Bericht der Mandatsprüfungskommission waren vertreten die Ortsgruppen Düsseldorf, Benrath, Köln, Elberfeld, Barmen, Bonn, Ronsdorf, Nachrodt, Velbert und Essen. Außerdem ein Vertreter des RAA., welcher gleichzeitig als Vertreter des Bezirks Süd-West anerkannt wurde. Ein Vertreter des BAA. gibt den Tätigkeits- und Kassenbericht. Er wies auf die Notwendigkeit hin, sämtliche Kräfte und Mittel anzuspannen, da jetzt in der Arbeiter-Bewegung unsere Saat auf fruchtbaren Boden falle. Besonders wurde festgestellt, daß durch das Versammlungs-Tournee neue Mitglieder gewonnen wurden. Dem Bezirkskassierer sowie den Revisoren wurde durch die Konferenz Entlastung erteilt. Als nächster Ort stellt Essen bis aufs weiteres Revisoren. Ebenfalls ließen die Berichte der Ortsgruppen erkennen, daß fast ausschließlich überall, außer einiger kleinen finanziell schwach gestellter Gruppen, intensiv für unsere Idee und somit für die Revolution gearbeitet wird. Bei den schwächeren Gruppen wird jetzt der BAA. ganz besonders eingreifen.

Der Vertreter des Bezirks Süd-West gibt nun einen Bericht über die Verhältnisse desselben und stellt den Antrag, Süd-West dem Bezirk Rheinland u. Westfalen anzuschließen. Der Antrag wird nach ausgiebiger Debatte mit dem Vorbehalt angenommen, daß eine Beschickung mit Referenten nicht in Frage kommt, weil dieses für die Gesamt-Organisation mit zu großen Unkosten verbunden wäre. Sodann erfolgt die Einteilung der Unter-Bezirke in Mittelrhein und Pfalz. Unter Punkt VRUK. wird von Seiten der Delegierten die Verpflichtung gegeben, sich dafür einzusetzen, daß in Zukunft auf diesem Gebiet besser gearbeitet würde, sowie die Abrechnung des gesamten Materials pünktlicher erfolgen soll. Man einigte sich dahingehend, daß vom Reich erneut Sammellisten gesandt werden können, dieselben müssen aber auf Grund der Verhältnisse im hiesigen Bezirk am Kopf mit dem Vermerk: „Für politisch Inhaftierte" oder dgl. versehen sein.

Unter Punkt Jugend bringt die Ortsgruppe Essen einen Antrag ein, der besagt, daß die Jugend in die KAP. aufzugehen habe. Derselbe kann nicht zur Abstimmung gelangen, weil er in den Ortsgruppen nicht vorher zur Diskussion gestanden hat. Auf Grund der sich ergebenden Diskussion schlug man vor, in allen Orten, wo die Jugend noch nicht besteht, ein Jugendressort zu bilden, das sich der Jugendfrage besonders widmet. Eine ausgiebige Behandlung fand die Presse. Man erwog alle möglichen Mittel, um den Umsatz zu steigern. So wie im Berliner Bezirk soll auch jetzt hier versucht werden, durch Hausagitation die Auflage zu vermehren. Zu bemerken sei jedoch, daß sich das hier auf Grund anderer Wohnungsverhältnisse schwieriger gestalten wird. Die Referenten-Verteilung zur Belegung öffentlicher Versammlungen ist dem BAA. überlassen worden. Alle Ortsgruppen, die non Diskussionsredner und Referenten gebrauchen, haben sich direkt an die Bezirksleitung zu wenden. — In der nun folgenden Debatte über Parteifragen wurde nur das Notwendigste kurz behandelt und beschlossen, in spätestens zwei Monaten erneut eine Bezirks-Konferenz der KAP. einzuberufen.

Am Sonntag, den 5. September, wird vor Eintritt in die Tagesordnung zu einem Artikel in der „Einheitsfront" Stellung genommen und eine Resolution angenommen, die bereits im „Kampfruf" Nr. 37 unter dem Titel „Niedriger hängen" veröffentlicht wurde. — Sodann hält der Vertreter der RAA. ein Referat über die wirtschaftliche und politische Lage. Treffend versteht er, die Todeskrise des Kapitals zu analysieren und legte dabei das Material des Verbandes der deutschen Industriellen zugrunde. Bei der Stellungnahme zum Werktätigen-Kongreß wurde nach grundsätzlicher Debatte bei Stimmen-Enthaltung Düsseldorfs das Rundschreiben des RAA. abgelehnt und das Rundschreiben des GHA. mit dem Zusatz angenommen, daß bei ausdrücklicher Einladung ein Organisationsvertreter teilnehmen kann. — Nach grundsätzlicher Stellungnahme zum Spartakuskartell wurde die Beteiligung an demselben abgelehnt. Es wurde jedoch ausdrücklich betont, daß gemeinsame Diskussionsabende zur Klärung prinzipieller Fragen, z. B. Parlament, Gewerkschaft, gesetzliche Betriebsräte, Partei u. dgl., abgehalten werden können.

Die Konferenz stellte sich einmütig auf den Standpunkt, daß die Reichskonferenz zur Klärung taktischer Fragen unbedingt stattfinden müsse. Auf Grund dessen beschloß man einstimmig, die ausgeschriebene Umlage für die Reichskonferenz einzuziehen.

Unter Verschiedens werden noch einige Sachen kurz erledigt und als nächster Vorort zur Bezirks-Konferenz Düsseldorf festgelegt. Damit fand die Konferenz ihren Abschluß. Im allgemeinen zeitigte sie ein gutes Ergebnis und liegt es an den Ortsgruppen, die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen.

Aus dem Ablaufhaus der Revolution

Empörte und betrogene Betrüger.

In der letzten „Einheitsfront" sind in einem Artikel über die KAPD. soviel Gemeinheiten zusammengeschrieben, daß wir davon Abstand nehmen müssen, dieselben hier vollzählig wiederzugeben. Wir stellen nur fest, daß die „Einheitsfront" dieselben blöden Schimpfkanonaden auch gegen **ihre eigenen Mitglieder** richtet, die mit dem Kartell nicht einverstanden sind, z. B. die ausgeschlossenen „Saufkumpane" in Berlin. Es wird dort davon gesprochen, daß die Mitglieder der KAPD. mit der „Intrigenpolitik" der „Führer" nicht einverstanden sind. Wir bettelten uns überall an, jeder Spitzel hätte bei uns Zutritt usw. Sogar bei den Syndikalisten hätten wir uns angebettelt. Wir fordern den Schreiber dieses Artikels auf, Beweise für seine blödsinnigen Behauptungen zu erbringen. Selbstverständig suchen wir überall Verbindung mit revolutionären Gruppen, hauptsächlich den KPD.-Oppositionsgruppen. Aber immer mit dem Ziel, die Bewegung zu klären und vorwärts zu treiben. Daß die „Einheitsfront" von „anbetteln" faselt, entspricht der bodenlosen Dummheit von Leuten, die in einer Kartellbeirat mit den Gewerkschaften eine Einigung des revolutionären Proletariats sehen. Der Zweck der aus den Fingern gesogenen Verleumdungen ist, Zersetzung in die Ortsgruppen im Reiche zu tragen, um so „Kartellgeschäfte" machen zu können. Unsere Genossen werden den Verleumdern die richtige Antwort geben.

Den Schmierfinken sei gesagt: Für uns ist die revolutionäre Bewegung **kein Geschäft, wie für die Plempfert und Konsorten.** Unsere Gründe für die Ablehnung dieses „Kartells" sind diktiert von prinzipiellen Gesichtspunkten. Daß sie keine prinzipiellen Gründe haben und zu den Mitteln politischer Lumpen greifen, beweist die Prinzipienlosigkeit dieser Gestalten.

Der Erguß selbst soll eine „Antwort" sein auf unseren Artikel: KAPD. und Spartakuskartell. Die einzige „Antwort" ist neben dummen Verdächtigungen, der Polizei Fingerzeige zu geben über evtl. Mitarbeiter der „KAZ." Wir nehmen das zur Kenntnis, und wissen, wo wir die Polizeispitzel zu suchen haben.

Den Proletariern jedoch, die solche Methoden unterstützen, sagen wir, daß sie dies eigentlich in der KPD. viel besser könnten. Sie werden mit den Kartellbauern um Plempfert noch ihr blaues Wunder erleben. Aber diese Pferdekur scheint nötig zu sein, um sie ein für allemal von dem Geschwätz der Einheitsorganisation zu heilen, sofern sie überhaupt noch heilbar sind. Im anderen Falle ist ihre Zukunft die „prinzipielle" Indifferenz der Organisationsvereinung der Zeitgeistapostel.

Mitteilungen

Groß-Berlin

Köpenick-Grünau.

Die Genossen treffen sich am Freitag, den 24. September, 8 Uhr, im alten Lokal in Grünau. 16. Unterbezirk.

Nowawes.

Oeffentlicher Diskussions-Abend

am Freitag, den 24. September 1926 bei Gebauer, Wallstr. 64, abends 8 Uhr. Tagesordnung: Gewerkschaften und Kapitalismus oder Allgemeine Arbeiter-Union und Kommunismus.

Gäste und Sympathisierende sowie KPD. und KPB. sind willkommen. 21. Unterbezirk.

Erwerbslose!

Arbeitsnachweise Germannstr., Ackerstr., Wusterhausenerstr.

Donnerstag, den 23. September 1926, 12 Uhr mittags, im Lokal von Thiel, Rückerstraße 7. Oeffentliche Fraktionssitzung. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

Die Leitung.

6. Bezirk. Das Tagungslokal befindet sich von jetzt ab Sorauer- Ecke Görlitzer Straße.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl S[illegible] Neukölln. Gedruckt in der Buchdruckerei Willy Isz[illegible] Berlin O. 17, Langestraße 79.

7. Jahrg. Nr. 76

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiterliteratur" Berlin SO. 36, Lausitzer Platz 13.

September 1926

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW. 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur Berlin SO. 36, Lausitzer Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post monatlich 1,30 Mk., zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal.

Die verhinderte Völkerbefreiung

Eine Bierrede und ihre Wirkung

So weit sind wir glücklich gekommen. Wenn einer der deutschen Regierer sich ungeniert „gehen" läßt, dann schnuppern seine Lakaien gierig die Luft ein und riechen überall, wohin der Wind die Wolke trägt, „Sozialismus". So eine Geschichte ereignete sich in Genf, und das war so: Stresemann und Briand haben sich über ganz hausbackene Dinge unterhalten. Das französische Kapital braucht Geld! Die Kapitalknappheit macht sich immer stärker fühlbar. Das französische Kapital möchte jedoch gern um eine noch größere Abhängigkeit gegenüber Amerika und England herumkommen, und schlug vor, daß deutsche Eisenbahnobligationen in Höhe von 1½ bis 2 Milliarden Mark mobilisiert, und diese Summe dem französischen Kapital so quasi als Anleihe zur Verfügung gestellt wird. Der sich ergebende Kursverlust (man rechnet damit, daß sie bei dem Verkauf auf 77 Prozent ihres Nominalbetrages gedrückt würden) ist nicht so schlimm, als daß er nicht durch neue Steuern aus den Proleten herausgeschunden werden könnte; man glaubt mit den deutschen Proleten so seine Erfahrungen zu haben. Für diesen evtl. Liebesdienst hat man von Seiten des französ. Kapitals evtl. in der Frage der Räumung des Ruhr- u. Saargebiets so ein bißchen mit den Augen gezwinkert. Ob dieses „Erfolges" in Sachen der Völkerverständigung hat die „Vorwärts" sofort eine neue Sonne, mit dem schönen Spruch: „Endlich haben sie begriffen, daß die Sonne allen beiden scheint", gebracht, und Stresemann hat eine Bierrede an einem Bierabend im deutschen Klub in Paris gehalten. In dieser Bierrede ist er ob des Augenzwinkerns von Briand etwas kühn geworden. Er sprach viel davon, wie schön das deutsche Kapital mit seinen Kolonien umgegangen wäre, viel von Selbstbestimmungsrecht der Völker — und dachte dabei an Südtirol, Oesterreich usw. Um auch gegenüber den „Deutschnationalen" einen „Erfolg" vorzeigen zu können, sprach er auch ein bischen von dem Unrecht der „Kriegsschuldlüge". Herr Breitscheid nickte immer kräftig mit dem Kopf, und als er an der Reihe war, seinen Schleim loszulassen, sang er nach W. T. B.:

„Die Meinungsverschiedenheiten der Parteien über das anzusteuernde Ziel seien nach Ueberwindung der Stürme und Schwierigkeiten, denen das ganze Schiff ausgesetzt war, beseitigt und nur das gemeinsame Ziel stehe allen vor Augen. **Er fühle sich veranlaßt, dem Kapitän, dem Führer, dem Reichsminister des Aeußeren den Dank der parlamentarischen Delegationsmitglieder für die vertrauensvolle Zusammenarbeit auszusprechen.** Die Rede Dr. Breitscheids klang in dem Wunsch aus, **daß Dr. Stresemann auf diesem Wege weitergehen möge.** Er glaube, versichern zu können, daß die in Genf vertretenen Parteien ihn auf diesem Wege, unbeschadet der sonstigen parteimäßigen Scheidung, begleiten und unterstützen würden. **„Gegen die, die sich ihm entgegensetzen, werden wir kämpfen, und die, die nörgeln und zaghaft nebenher laufen, können wir auf diesem Wege nicht brauchen."**

Nun hat die Bierrede leider bewirkt, daß das französische Kapital den Herrn Stresemann „mißverstanden" hat. Auch das amerikanische Kapital gibt deutlich zu verstehen, daß es gar nicht daran denkt die Auflegung der Anleihe für Frankreich — darauf lief die Mobilisierung der Eisenbahnobligationen hinaus — auf dem amerikanischen Geldmarkt zuzulassen. England besteht darauf, daß sich Frankreich der internationalen Schuldenregelung nicht länger widersetzt. Und um dieser Sprache einen größeren Nachdruck zu verleihen, hat man an der amerikanischen Börse den Frank von neuem ins Rollen gebracht. Belgien besteht darauf, daß man den Einmarsch in Belgien nicht als deutsche Unschuld auslege. Der „Matin" versucht zu retten, was zu retten ist und zählt auf, wieviel Kognak und sonstige anregende Getränke Stresemann täglich gebraucht, um reden zu können, und Stresemann mit seinem lieben Breitscheid ist nach Hause gefahren nachdem er eine neue Rede gehalten und seine Unschuld beteuert.

Nun ist leider wieder eine Genfer Sonnenfinsternis über uns hereingebrochen. Der Bierdunst ist verflogen, der „Sozialismus" ist fort. Der Messias der gequälten Menschheit, der Reichsaußenminister Stresemann ist verhindert worden, dem Breitscheid den Extrakt der Völkerversöhnung mitzugeben, damit ihn Stampfer in die Setzmaschine gießen kann.

Schade! Man hätte für die deutschen Proletarier so ein bischen Hoffnung bitter nötig gehabt. Die SPD. brauchte für ihre Werbewoche auch eine Parole, und sei es auch nur die, daß man einen kapitalistischen Schacher auf dem Rücken des Proletariats in „Völkerversöhnung" umlügt. Nun ist alles wieder dunkel, nur die Schüsse der Schupo in Breslau, die der sozialdemokratische Polizeipräsident auf die Erwerbslosen losläßt, erhellen grell die Lage. Hoffen und harren haben das deutsche Proletariat schon fast zum Narren gemacht. — Der Winter beginnt.

Und dieweil nach der Genfer Komödie der Vorhang fällt werden täglich, wöchentlich Tausende Erwerbslose „ausgesteuert". So schafft sich das deutsche Kapital die unnützen Fresser vom Hals. Der englische Bergarbeiterstreik liegt in den letzten Zügen, und mit der Niederlage der englischen Bergarbeiter und dem damit verbundenen Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung wird die Geißel der kapitalistischen Konkurrenz von neuem über das deutsche Proletariat fegen, und ihm zum Bewußtsein bringen, welche sträfliche Pflichtvergessenheit, welch selbstmörderischen Unsinn es treibt, daß es den Betrugsmanövern der SPD. und den Gewerkschaften ein williges Ohr leiht, und da, wo die Situation nach proletarischer Klassensolidarität und Tat ruft, versagt, und sich den Strick selbst um den Hals legt.

Das, was das deutsche Proletariat anläßlich des englischen Generalstreiks nicht begriffen hat, wird es begreifen müssen, wenn es seinem Schicksal, das ihm die sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Konterrevolution bereitet, entgehen will. Wo Arbeiter Brust an Brust im Kampfe mit dem Klassenfeind stehen, dort ist der Angel- und Ausgangspunkt proletarischer Klassenpolitik. Die Antwort auf den englischen Generalstreik müßte sein: der Generalstreik, der Generalaufstand des deutschen Proletariats! Die deutsche Revolution, sie wäre zur Lokomotive auch der englischen geworden. Der Kommunismus, das ist nicht der Schacher des internationalen Kapitals auf dem Rücken der Proletarier; das ist der solidarische Kampf der Arbeiter gegen das internationale Kapital und seine Lakaien!

Mit der fortschreitenden Krise des Kapitalismus wird diese Front sich herausbilden. Sie ist schwach genug; die Gefahr einer völligen Degenerierung des Proletariats riesengroß. Eine ungeheure Verantwortung liegt auf den Arbeitern der KPD., die die innere Fäulnis der III. Internationale sehen, aber zu keinen Entschlüssen kommen können. Die nicht die Kraft finden, die Nabelschnur mit der verräterischen parlamentarisch-gewerkschaftlichen Taktik zu zerreißen um die revolutionäre Front aufzurichten auf der Grundlage des Programms der KAPD., sondern von „Zimmerwald" und „Zimmerwalder Linke" träumen, mit dem Schritt von der Tragödie zur Farce im Sumpf der Kabinetts- und Führerpolitik ihre Unentschlossenheit und Prinzipienlosigkeit verdecken möchten. Wo es gilt, aufs neue aufzustehen um mit allen Kräften gegen die konterrevolutionäre Front anzurennen, unter der Fahne kommunistischer Prinzipien das Proletariat zum Kampfe zu sammeln.

Oeffentliche Versammlung

Mittwoch, den 29. Sept., abends 7,30 Uhr, Sophiensäle:

Was sahen 70 deutsche Arbeiter in Rußland? Bericht der 2. Rußlanddelegation und die KAP. Die Delegation ist schriftlich eingeladen.

Kommun. Arbeiter-Partei — Allgem. Arbeiter-Union Kommunistische Arbeiter-Jugend

Die „zweite Arbeiter-delegation" berichtet

Beweihräucherung der gläubigen Moslims.

Motto: Selig sind, die da glauben,
Denn sie werden keine Prügel ernten.
(Frei nach Jesus.)

Am Dienstag Begrüßungskundgebung der „Zweiten deutschen Arbeiter-Delegation" in Berlin. Anfang 8 Uhr. Aber schon um 6 Uhr beginnt sich das „Lehrervereinshaus" zu füllen, jeder will schnell noch einen Sitzplatz erhaschen. Damit er um so empfänglicher ist für den Bericht aus dem gelobten Land. Aber: Halt! Die Ordner versperren den Weg. Haben sie vielleicht den KAPD.-Mann — sprich: bezahlter Spitzel, Provokateur — gewittert? — „20 Pf. Eintritt!" — „Du bist erwerbslos? Wir haben keine Anweisung, Erwerbslose durchzulassen!" — Ich denke: Das Prädikat „Erwerbsloser" berechtigt mich nicht, mich an irdisches, also vergängliches Gut zu klammern — und wenn es auch die letzten 20 Pf. sind. Der kleine Vorschuß auf die Seligkeit muß geleistet werden. Soll man es tragisch nehmen, daß dem eingeladenen und ausgewählten Publikum Plätze reserviert wurden und wir armen Schlucker, denen man 20 Pf. abknöpfte, sozusagen zu Zaungästen degradiert wurden? Mein Gott, ich will nicht der Pharisäer sein . . .

Leises Raunen geht durch mein Gemüt. Die Sangesgemeinschaft Rosebery d' Arguto singt. Und als zweites dazu ein Lied in russischer Sprache! Doch ketzterische, antibolschewistische Gedanken gehen mir durch den Kopf. Sie zerstören brutal in mir die aufkeimende Andacht. Ich denke: Die Kirche braucht die Beweihräucherung, um den fanatischen Glauben ihrer Schäfchen an abstrakt-konstruktive Dogmen zu halten und zu stärken. Die Stärke der modernen, revolutionär-marxistischen Arbeiterbewegung soll gerade darin bestehen, daß sie den alten Glauben an übersinnliche Kräfte als utopisch verwirft und vermittels der dialektisch- materialistischen Denkmethode durch ihre Einsicht in den Gang der Geschichte und die materiellen Bedingungen des Sozialismus im Vertrauen auf die eigene Kraft und im Siegesbewußtsein die Befreiung verwirklicht.

Damit sind wir noch keine dogmatischen Gegner der Kunst des Gesanges. Aber wir meinen: eine Arbeiterdelegation, die den ernsten Willen hat, nüchtern und kritisch die Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse Rußlands, insbesondere der russischen Arbeiterklasse, und ihre Perspektiven an Ort und Stelle zu studieren, müßte es ablehnen, in einer Atmosphäre der Selbstbeweihräucherung und der Gefühlsduselei ihren ersten und mündlichen Bericht zu erstatten. Daß die zweite Arbeiterdelegation das nicht getan hat, sondern selbst mit allen Mitteln der Massensuggestion arbeitet, zeigt schon für sich, daß es ihr nicht daran liegt, die revolutionären Erfahrungen des Proletariats zu erweitern. Sie tritt würdig in die Fußtapfen der ersten Delegation.

Die Gesangsdarbietungen hatten schon die nötige gläubige Stimmung geschaffen. Ein übriges tat noch der Versammlungsleiter Overhagen. Er bot den Delegierten „herzliche" und „herzlichste" Grüße dar, die ihm aus „ganzem" und „vollstem" Herzen kämen. Nur schade, daß die deutsche Sprache nicht noch größere Steigerungen und Windungen aufweist. Denn dessen sind wir gewiß: Overhagen würde diese bei seinem angeborenen Schauspielertalent mit Leichtigkeit angenommen haben.

Als erster wird Körber vom ADBB., Berlin, mit „tosendem Beifall" begrüßt und er beginnt, wie die Nachfolgenden, ebenfalls mit „herzlichen Grüßen", natürlich von den russischen Arbeitern und Bauern. Die gläubigen Moslims wurden nicht müde, bei jeder einigermaßen saftigen Phrase wie Wildgewordene sich zu gebärden. So z. B. auch, als Körber sagte: „Ich frage meine Parteigenossen, die hier im Saal anwesend sind, ob nur Gewerkschaftsbeamte mit 600 Mark Monatsgehalt die Zuständigkeit in allen Dingen in Erbpacht genommen haben oder ob auch einfache Arbeiter mit klarem Kopfe und nüchternem Verstande fähig sind, über das, was sie erlebten, einen objektiven Bericht zu geben." Das ist Demagogie. Einmal hat man sich nach den Worten des KPD.-Mannes Slewert bemüht, im Gegensatz zur ersten Delegation möglichst „Prominente" zu bekommen.

Der „einfache Arbeiter mit klarem Kopfe und nüchternem Verstande", das ist der sogenannte „gesunde Menschenverstand", der die Kuh vom Ochsen unterscheiden kann, der die

mannigfaltigen Erscheinungen in der Natur, im menschlichen Leben zu differenzieren vermag, das ist das, wodurch sich die Menschen überhaupt von den Tieren unterscheiden. Welchen Wert hat es aber, wenn der „gesunde Menschenverstand", verkörpert durch den Gewerkschaftsbonzen Körber, sieht, daß die 14 gefangenen Menschewisten im Tifliser Gefängnis im „wohlgenährten und gepflegten" Zustande sich mit Bügelfalten ihres Zellendaseins erfreuen und den Delegierten Pfirsiche anbieten? Damit kann schließlich den Noske-Sozialisten gesagt werden, daß das heutige Nep-Rußland in ihnen nicht die Todfeinde sieht. Will aber die Delegation damit nachweisen, daß in Rußland die Diktatur des Proletariats herrscht, dann darf man sich vor lauter Objektivität nicht darüber ausschweigen, welcher ungeheuer wirtschaftlicher und politischer Terror gegenüber den revolutionären Arbeitern angewandt wird, die gegen den Stalin-Kurs rebellieren.

Der nächste Redner, Oskar Feig (SPD.) berief sich, wenn er trotz der ihm vorliegenden Schablone nicht weiter konnte, auf den „einfachen Arbeiter". Er war so objektiv, daß er behauptete, die Erwerbslosen bekämen 6 Monate lang den vollen Lohn, obwohl selbst die „Rote Fahne" bereits früher andere Zahlen über die Arbeitslosenunterstützung brachte. Die „Rote Fahne", die überhaupt die Reden noch sehr nach ihrem Geschmack zurechtgestutzt hat, schreibt: „Feig erklärte wörtlich: Die Arbeitslosen erhalten vom Staate so viel Unterstützung, daß sie menschenwürdig existieren können." Ueber die Wohlfahrtspflege konnte er z. B. nichts berichten, da die Berichte noch nicht da wären! Beim Zwischenruf eines Genossen: „Warum gibt es eine Opposition?", verließen ihn die Geister.

Der Zwischenruf, der bezwecken sollte, endlich auf den Kern der Sache einzugehen, bewirkte aber noch etwas anderes. Die Gläubigen gerieten aus dem Häuschen, ein Zeichen dafür, wie wenig sie selbst im Innern überzeugt sind, daß sie nicht einen einzigen treffenden Zwischenruf vertragen können. O v e r h a g e n rettete die Situation dadurch, daß er auf einen vorher gefallenen Zwischenruf „Rußland ist groß", einging und auf die Sozialdemokraten schimpfte. Wir wundern uns nicht darüber, daß die Lügenfahne nach altbekannter Methode von dem Störungsversuch eines Provokateurs, „der sich als Mitglied der KAPD. ausgibt", spricht, um so die Pogromhetze gegen die KAPD. bis zur Siedehitze zu steigern, die den Ekkigetreuen immer gefährlicher wird.

Als letzter kam Siewert (KPD.) Chemnitz zum Sprechen. Er versuchte den Nachweis zu führen, daß in Rußland nicht die Diktatur über das Proletariat herrscht. Er hielt sich, wie sein Vorredner, an oberflächliche Dinge, und machte garnicht den Versuch, seine Behauptungen zu beweisen. Der Refrain aller Reiseschilderungen ist: Die Arbeiter haben die Macht in Rußland, der Sozialismus marschiert. Und die Moral von der Geschichte: Bündnis der russischen und deutschen Arbeiter, internationale Gewerkschaftseinheit. Dieser Zweck der Delegation wird in dem Artikel: „Der Arbeiterdelegation zum Gruß", in der „Roten Fahne" vom 21. September 1926 so formuliert: „Darum bildet mit uns die Einheitsfront gegen den Völkerbund, für die Verteidigung der russischen Arbeiterklasse. Bildet mit uns die Einheitsfront für die Schaffung einer einheitlichen Gewerkschaftsinternationale, für den Kampf der deutschen Arbeiter gegen die kapitalistische Rationalisierung, für den Kampf der Erwerbslosen um Lohn und Brot."

Nep-Rußland braucht die „Arbeiterdelegationen" mit der „Objektivität" ihres „gesunden Menschenverstandes" zur Unterstützung seiner außenpolitischen Interessen. Den revolutionären Proletariern, vor allem den oppositionellen Arbeitern in der KPD., ist damit nicht gedient. Sie wollen wissen, warum die Revolutionserrungenschaften abgebaut werden, warum die Arbeiter sich nicht für die Produktion und das Gewerkschaftsleben interessieren, warum die Machtstellung der Wirtschafts- und Staatsbürokratie gegenüber den Arbeitern immer stärker wird, warum die Kleinbourgeoisie wachsenden Einfluß, warum die Mittelbauern und Kulaki die kleinen Bauern und Landarmut immer mehr wirtschaftlich und politisch unter ihren Einfluß bekommen, warum die Rationalisierung auf Kosten der Arbeiter erfolgt, warum eine riesige Arbeitslosigkeit besteht? Der klare Kopf und nüchterne Verstand genügt auch bei einfachen Arbeitern nicht. Wenn man nicht lediglich interessante Reiseerlebnisse von sich geben will zur Erbauung seiner Mitmenschen, dann gehört allerdings zum Studium Rußlands immerhin die Fähigkeit, die einzelnen Erscheinungen nicht für sich zu sehen und zu verallgemeinern, sondern sie im lebendigen Zusammenhang zu bringen und so die ökonomischen und politischen Kräfteverhältnisse der Klassen zu erforschen. Das ist aber den Bolschewisten nicht angenehm und darum bewahrt das Rußlandkomitee seit einem Jahre Stillschweigen über das Anerbieten der KAPD., eine eigene Delegation zu organisieren.

Da aber das Stillschweigen allein die Gefahr nicht bannt, sondern die ehrlichen Arbeiter in der KPD. dahinter kommen, daß ihre Klasseninteressen auf dem Altar der prorussischen konterrevolutionären Politik geopfert werden, versucht man, mit brutaler Gewalt die revolutionären Elemente niederzuhalten. Anläßlich des tierischen Ueberfalls von 30 besoffenen „Roten Frontkämpfern" auf eine Klebekolonne unserer Partei in Charlottenburg bemerkten wir schon, daß der Boden für diese verzweifelten Terrorakte von zentraler Seite der verlumpten und deklassierten Führerbourgeoisie systematisch geschaffen wird. Die verhetzten und sorgsam ausgesuchten Kreaturen, die im Lehrervereinshaus als „Ordner" fungierten, glaubten, ihr Seelenheil nicht anders retten zu können, als wieder unsere Genossen viehisch zu Boden zu schlagen. Als sie während der Versammlung keinen Vorwand fanden, über uns herzufallen, beschlossen sie, sich uns nachher zu kaufen. Vor Schluß der Versammlung ging ein Teil der Genossen hinaus. Beim Ausgang stürzte sich dann eine Horde von 40 Mann über 3 Genossen, die sie mit Händen und Füßen bearbeiteten und die Treppe hinunterwarfen. Bis ein Leutnant kam und Ruhe stiftete. Ein Beispiel für die Feigheit dieser Lumpen war, daß ein besser Gekleideter, der einen Genossen die Treppe mit hinuntergestoßen und geschlagen hatte, dem aber auch entsprechend geantwortet wurde, sagte: „Herr Leutnannt, der hat mir gehau'n und ick hab ihm jarnischt gedahn."

Soviel steht fest: wir werden uns auch in Zukunft nicht durch besonders zusammengestellte Prätorianertruppen einschüchtern lassen. Wir sind keine Pazifisten, daß wir demutsvoll die rechte Backe dazu darbieten, wenn man uns auf die linke schlägt. Das werden immerhin trotz der großen Uebermacht einige Gesellen verspürt haben. Wir sind davon überzeugt, daß wir bei uns aufgezwungenen Auseinanderseetzungen mit solchem Lumpengesindel alle denkenden Arbeiter auf unserer Seite finden. Wir sind weiter davon überzeugt, daß die KPD. auf ihrem Marsch gen Amsterdam trotz Werktätigen-Kongressen und Delegationsrummel, trotz niederträchtigster Verleumdungs- und Kampfmethoden gegen die wachsende Erkenntnis in ihren eigenen Reihen noch öfter als einmal ihr blaues Wunder erleben, daß sich das Blatt sehr bald zu ihren Ungunsten wenden wird.

Der kapitalistische Aufbau in Rußland

(Schluß)

Die Genossenschaften.

Die Bolschewiki wollten der Entwicklung der kapitalistischen Verhältnisse im Dorfe durch die Genossenschaften einen Damm setzen. Das ist nicht geglückt. Folgende Ausführungen beweisen das:

„Die Entwicklung der Waren und kapitalistischen Beziehungen im Dorfe gehen viel schneller vor sich, als die Entwicklung der Genossenschaften."
(Sokolnikow auf dem 14. Parteitag der RKP., „Prawda", vom 29. 12. 1925.)

Die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zählen ca. 10300 („Prawda", vom 14. Juli 1926.)

Da diese Genossenschaften aber auf dem Boden der Warenproduktion stehen, bilden sie nichts anderes als Aktiengesellschaften der kleineren Besitzer. Sie fördern und beschleunigen die Entwicklung der kapitalistischen Verhältnisse. Das zeigt sich besonders klar bei der Zusammensetzung der landwirtschaftlichen Genossenschaften. Die verschiedenen Dorfschichten in den landwirtschaftlichen Genossenschaften nach folgenden Kategorien in Prozenten ausgedrückt, ergeben folgendes Bild:

Ohne Arbeitsvieh	mit einem	mit 2	mit 3	mit 4 u. mehr
18,5	22,5	33,1	47,0	19,7

(„Prawda" vom 25. 8. 1926.)

Die reichen Bauern sind also am stärksten in den landwirtschaftlichen Genossenschaften vertreten. Es ist klar, daß die, welche nichts haben, auch keine Genossenschaften gründen können.

Die Genossenschaften dienen zur Bereicherung, zur Verschärfung der Klassendifferenzierung, zur Stärkung der Reichen und Ausbeutung der Armen. Besonders klar tritt das hervor in den sogenannten Maschinengenossenschaften. Ihre Aufgabe besteht in der Beschaffung von landwirtschaftlichen Maschinen und im besonderen von Traktoren, die angeblich zur Vergesellschaftung der Produktion führen sollten.

Es erweist sich immer deutlicher, daß die Traktoren selbst dazu beitragen, die Klassendifferenz zu beschleunigen, anstatt der kapitalistischen Entwicklung zu begegnen. Daß die Vorteile, die diese Genossenschaften haben, in allererster Linie den vermögenden Bauernelementen zugute kommen, kann man deutlich beobachten.

„Wenn der Traktator in die Hände der Individualwirtschaft kommt, so dient er als gewaltiges Mittel zur Ausbeutung der anderen Bauern. Es gibt sogar Fälle, wo die Individualwirtschaften schon zwei Traktoren haben und sich zur Anschaffung eines dritten vorbereiten."
(Kwiring, Mitgl. des oberst. Wirtschaftsrats in der „Prawda" vom 1. Juni 1926.)

In der „Prawda" vom 18. 6. 26 betrachtet ein russischer Wirtschaftler 688 Genossenschaften und stellt fest, daß von diesen 61,7 Prozent sogenannte „wilde" sind. Was bedeuten diese wilden Genossenschaften? Folgendes Zitat soll das erläutern:

„Die reichen Spitzen des Dorfes, für welche die Traktoren nicht nur die breite Perspektive für eine Entwicklung der eigenen Wirtschaft eröffnet, sondern auch für vorteilhafte Ausbeutung der übrigen Bauern, verstehen die Situation auszunutzen. Mit der ihnen eigentümlichen Gewandtheit und ihrem Unternehmungsgeist machen sie alle Anstrengungen, um die Traktoren mit allen Vergünstigungen, die für die armen Bauern bestimmt sind, in ihre Hände zu bekommen. Da unter unseren Verhältnissen das nur unter der Flagge der Genossenschaften geschehen kann, so werden unter ultrarevolutionären Namen Pseudomaschinengenossenschaften gegründet, die einen ganz anderen Inhalt verbergen. („Prawda" vom 18. 6. 26.)

Wie sie das machen, wird ebenfalls genau begründet:

„Die Kulaki-Elemente des Dorfes versuchen mit allen Mitteln sich der Traktoren zu bemächtigen. (Wenn es für sie unmöglich ist, sie zu kaufen.) Die verbreitetste Art und Weise ist die Gründung von Maschinen-P s e u d o - genossenschaften."

Unser Poltawer Berichterstatter beschreibt dies wie folgt.

„Der Landwirt, seine Frau, sein Sohn, seine Tochter und sein Schwiegersohn vereinigen sich zu einer Genossenschaft. Auf Grund des Gesetzes verlangen sie von der landwirtschaftlichen Bank, daß sie ihnen einen Traktor verkauft."

Es ist nicht schwer, eine solche Maschinengenossenschaft nur durch eine Familie zusammenzukleistern, da nach dem Gesetz 5 Personen dazu notwendig sind.

Sehr oft zerfällt eine solche Pseudogenossenschaft, nachdem sie ihr Ziel erreicht hat (d. h. den Traktor unter günstigen Bedingungen zu bekommen) und der letztere geht in das Privateigentum eines der Genossenschaftsmitglieder über. Auf diese Weise kommt nicht nur der Traktor, sondern auch Staatskredit in die Hände der Kulaken. (Karpinski in der „Prawda" vom 27. 4. 1926.)

Weiter stellt Karpinski in der „Prawda" vom 10. Juli 1926 fest, daß beispielsweise von den im Herbst 1925 für das Gouvernement Kuban bestellten Traktoren 138 in diesem Frühjahr eingetroffen sind. Von diesen 138 Traktoren sind 84 Prozent in die Hände von Bauern, also nicht von Genossenschaften gelangt.

Wo sogar wirkliche Genossenschaften die Traktoren kaufen, so sind das meistens Genossenschaften der reichen Bauern. Und in solchen Filialen ist das Ergebnis wiederum die Entwicklung der kapitalistischen Verhältnisse, da die ganze Genossenschaft sich in Unternehmer und Ausbeuter verwandelt. Das wird durch folgendes Zitat über Produktivgenossenschaften erklärlich:

„Man trifft Ausbeutung der Arbeitskraft . . .; man trifft einen großen Prozentsatz von Lohnarbeitern in diesen Unternehmungen, der gleich ist den Mitgliedern der Produktivgenossenschaften . . vor allem beobachtet man die Ausbeutung in den Produktivgenossenschaften, welch letztere aus reichen Bauern, armen Bauern und Landarbeitern bestehen; die ersteren sind die Arbeitgeber, die den Lohn den Letzteren diktieren." („Prawda", 24. 6. 26.)

Die Rationalisierung des Grund und Bodens, welche an sich kein Sozialismus ist, was selbst die Bolschewiki früher zugegeben haben, wird immer mehr und mehr gelockert, durchbrochen. Das Land wird selbst Ware, es wird käuflich. Der Handel mit dem Lande ist schon an sich eine Tatsache. Siehe „Prawda" 5. 6. 26.)

In Georgien hatte man sogar versucht, offiziell die Entrationalisierung des Grund und Bodens zu beantragen. (Siehe Stalins Interview mit den Dorfkorrespondenten in „Betnota" am 5. April 1925.)

Die Staatsindustrie.

„Zu meinem Bedauern habe ich in keiner einzigen Arbeiterversammlung das Empfinden gehabt, daß die Arbeiterklasse wirklich fühlt, daß sie den Moment erlebt hat, in welchem die ersten Grundsteine der neuen, sozialistischen Gesellschaft gesetzt werden." („Rykow" in „Vor neuen Aufgaben". Seite 42.)

„Während des vergangenen Jahres 1924-25 nahm die Staatsindustrie um 64 Prozent zu und im laufenden Jahre etwas über 40 Prozent. Ein solches Wachstum der Industrieproduktion war nur deshalb möglich, weil die stillstehenden Fabriken langsam in Betrieb gesetzt wurden. Jetzt gibt es keine oder fast keine stillstehenden Fabriken mehr, die wir ohne eine neue Ausrüstung in Betrieb setzen könnten. Für die weitere Entwicklung im nächsten Jahre ist es notwendig, neue Fabriken zu bauen, neue Werkbänke aufzustellen — und das ist viel schwerer als die alten in Betrieb zu setzen. Ohne Neubauten kann sich die Industrie jetzt nicht mehr entwickeln. Die Neubauten erfordern aber einen großen Kapitalsaufwand, d. h. größere Akkumulation in den Händen des Staates. Deshalb kann man in den nächsten Jahren nicht mit einer so schnellen Entwicklung, wie im vorigen Jahre rechnen. Im nächsten Jahr 1926-27 wird nach den Kontrollzahlen der Staatskommission das weitere Wachstum der Industrie auf 15 Prozent vorausbestimmt." (Rede Rykows „Istwestija" vom 20. 80. 1926.)

Aus diesen vorher angegebenen Zahlen kann man sich ein deutliches Bild von der kommenden Entwicklung der Staatsindustrie machen. Entgegen allen Angaben und Behauptungen der Bolschewiki ist klar zu sehen, daß die Entwicklung der kapitalistischen Privatindustrie viel schneller vor sich gehen wird, als die der Staatsindustrie. Damit enthüllen sich alle anderslautenden Behauptungen als ein Täuschungsmanöver gegenüber dem internationalen Proletariat, welches die Bolschewiki im Interesse ihrer Staatsnotwendigkeiten für sich einspannen wollen.

Richard Fischer †

Richard Fischer, der Direktor der „Vorwärts"-Druckerei und Verlagsanstalt, ist am 21. September, abends 9 Uhr, gestorben. Aeußerlich kommt Fischers Geltung für die Sozialdemokratie zum Ausdruck, indem ihm der „Vorwärts" neben anderen Artikeln in seiner Morgenausgabe vom 22. September schon die ganze erste Seite widmet, während Proletarier, beitragzahlende „gewöhnliche" Mitglieder hinten ein Inseratchen von einigen kleinen Zeilen erhalten, wenn — dafür b e z a h l t wird, die Zeile 80 Pfennig.

Fischer war seit 36 Jahren im Parteivorstand, seit 33 Jahren Reichstagsabgeordneter, seit ebenfalls 33 Jahren zuerst Leiter der Buchhandlung und dann, seit 1902, Leiter der „Vorwärtsdruckerei. In dieser Stellung, die ihm unumschränkte Herrschergewalt verlieh, herrschte er brutal und rücksichtslos, wie nur je der rücksichtsloseste Scharfmacher, der für den Profit der Aktionäre verantwortlich ist. Fischer leitete nicht nur das Parteigeschäft kaufmännisch. Auch auf die politische Haltung übte er seinen Einfluß aus, wenn auch z. T. geschoben von der regierenden Bonzenklique.

Vom revolutionären, kämpfenden und verfolgten Proletarier entwickelte sich Fischer mit dem Wachstum der Partei und ihrer Verknöcherung und der Festigung seiner Stellung zum ultrareaktionären Gewalthaber nach dem Prinzip: Wer nicht pariert, der fliegt. Es braucht nur an die verschiedenen Redaktions„säuberungen" erinnert zu werden. Als die Partei noch um Anhänger im Proletariat werben mußte und deshalb gegen das Kapital und gegen den Staat in Opposition stand, warf er die rechtsstehenden Redakteure hinaus (Eisner, Kaliski u. a.), um während des Krieges, 1916, als die Partei den Schutz des Kapitals und es Staates genoß, die linken, die oppositionellen Redakteure (Ströbel, Stadthagen u. a.) hinauszubugsieren, unter Beihilfe des kaiserlichen Oberkommandos in den Marken.

Fischer war nicht nur Kaisersozialist in des Wortes wahrer Bedeutung, er leistete dem kaiserlichen Oberkommando schon intimere und wertvollere Dienste. Wer aus seinem Herrscherbereiche nicht ganz kaisertreu schien, war sicher, in kürzester Zeit im Schützengraben zu liegen, oder, wo dies nicht angängig war, wie bei dem alten Parteiveteran Zubeil, der bekam die Hungerpeitsche. Gesinnungslumperei war bei ihm Liebkind. An der Erschießung der 7 Vorwärtsparlamentäre 1919 hat er seinen Anteil, und nicht den kleinsten; ebenso an der Niedermetzelung der Vorwärtsbesatzung, jener Proletarier, die sich ihr ihnen von der kaiserlichen Sozialdemokratie geraubtes Eigentum wieder anzueignen versuchten.

Auf die Lobhudelei des „Vorwärts" braucht nur an eine Tatsache erinnert zu werden: Fischer hatte n e b e n seinen sehr reichlichen Spesen als Reichstagsabgeordneter, Referent und Parteivorstandsmitglied — vor 25 Jahren schon! — 5000 Mark Jahresgehalt als Leiter der Vorwärtsbuchhandlung. Als ihm aber das Parteigeschäft in Nürnberg 6000 Mk. bot, besann er sich keinen Augenblick, Berlin zu verlassen. Berlin zahlte ihm schließlich die verlangten 6000 Mk. und später sehr viel mehr. Der Chefredakteur des „Vorwärts" bezog damals neben ebenfalls sehr hohen Spesen als Reichstagsabgeordneter, Parteivorstandsmitglied, Referent u. a. 7000 Mk. jährlich. Es war da nämlich eine feine Sache, der Partei zu „dienen". Immerhin waren das damals Lapalien gegen die heutigen Einkommen der Parteigötter.

Richard Fischer war der Typus des proletarischen Emporkömmlings auf dem Rücken der Arbeiterklasse. Von Beruf Buchdrucker, wurde er, als Einundzwanzigjähriger schon, 1876 Redakteur bei Rollwagen, dem Besitzer des kleinen sozialdemokratischen Blättchens in Augsburg, und nach 2 Jahren an der „Berliner Freie Presse", dem Vorläufer des „Vorwärts". Das waren Stellungen, keineswegs besser bezahlt als Arbeiter in den Betrieben. Solange war er revolutionärer Sozialist, kämpfte mit der verfolgten Sozialdemokratie, wurde eingesperrt, und ging nach Verhängung des Sozialistengesetzes nach Zürich, um bei der Herstellung des deutschen „Sozialdemokrat" als Mottelers Gehilfe zu wirken, und später nach London.

Der brutale Herrenmensch, der fürstlich bezahlte Führer, der Verächter des selbständig denkenden Proletariers, Fischer, war das Produkt des bürgerlichen Organisationsprinzips der Sozialdemokratie. Oben ganz schmal, unten sehr breit, oben die Herrenkaste als Organisations- und Zeitungsbesitzer, unten die Masse, die Statisten, die Beiträge zu zahlen, Plakate zu kleben, Unterschriften zu sammeln und das Maul zu halten haben. Der Karrieremacherei ist ein Riegel vorgeschoben durch das Organisationsprinzip der KAP., dem Räteprinzip, von unten auf, durch die Kollektivarbeit aller Organisationsangelegenheiten. In allen parlamentarischen und gewerkschaftlichen Organisationen ist Bock und Gärtner immer dasselbe. In einer revolutionären, nach dem Räteprinzip aufgebauten Organisation dürfen die Freigestellten nicht mal Stimmrecht haben in den Körperschaften, geschweige denn Mitglied der verantwortlichen und kontrollierenden Körperschaften sein, in denen sie sich dann, wie Fischers Beispiel zeigt, selbst kontrollieren würden. Also nicht Fischers Person dürfen die Proletarier an seinem Grabe kritisieren, sondern das kapitalistische, dem Klassenstaat nachgebildete System der Organisation der Sozialdemokratie und aller nach ihrem Prinzip organisierten Gebilde.

Das Gesetz ist „irrig"

Praktiken des Berliner Gewerbegerichts.

Der ökonomische (und damit der juristische, kulturelle und moralische) Zerfall der herrschenden Klasse und ihre gleichzeitige (daraus bedingte) politische Erstarkung wirkt sich nicht nur in den grausamen Zuchthausurteilen der Klassenjustiz gegen rebellierende Proletarier aus. Auch alle die Laien-Institutionen, an denen der Proletarier sein „Recht" suchen kann, erweisen sich immer deutlicher als die eindeutigen Klassenkampfwaffen der Bourgeoisie gegen ihre Lohnsklaven. Von den Gewerbegerichten kann dies mit Fug und Recht behauptet werden. Unter ihnen wieder nimmt das Berliner Gewerbegericht des „reinsozialistischen" Magistrats seine Sonderstellung ein.

Wir haben schon des öfteren an Urteilen des Berliner Gewerbegerichts nachgewiesen, welche Tendenz die sozialdemokratischen Stadträte mit ihrer Justiz verfolgen. Ein etwas starkes Stückchen verdient mal wieder an den Pranger genagelt zu werden.

Der Tarifvertrag für das Gastwirtsgewerbe sieht für Kellner als Lohn volle 10 Prozent des Umsatzes vor, außerdem eine fünftägige Kündigungsfrist. Das Tarifvertragswesen wieder ist gesetzlich geregelt durch die Verordnung vom 23. Dezember 1918. § 1 dieser Verordnung bestimmt ausdrücklich, daß von den Tarifverträgen abweichende Vereinbarungen zwischen den beteiligten Personen unwirksam und daß an die Stelle unwirksamer Vereinbarungen die entsprechenden Bestimmungen des Tarifvertrages treten.

Entgegen dieser klipp und klaren Verordnung (die letzte der „Revolutionserrungenschaften") hatte der Inhaber des Hausbootrestaurants im Lunapark von seinen Kellnern ein Schriftstück unterzeichnen lassen, wodurch sie sich einverstanden erklären mit einer täglichen Kündigung sowie mit einem Lohnabzuge von 2 Prozent zugunsten des Geschäftsführers und für die Versicherungsbeiträge. Die Kellner unterzeichneten das (selbst nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch „gegen die guten Sitten verstoßende" Schriftstück) in ihrer Zwangslage, da sie sonst überhaupt keine Arbeit bekommen hätten.

Nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses klagten die Kellner beim Gewerbegericht auf Zahlung der ihnen abgezogenen 2 Prozent sowie Entschädigung für die fünftägige Kündigungsfrist. Sie beriefen sich darauf, daß Vereinbarungen, die zuungunsten der Arbeitnehmer vom Tarif abweichen, ungültig sind.

Die Kammer 13 unter Vorsitz des Stadtrats Hippe wies die Kläger mit dieser Forderung ab. In der schriftlichen Begründung des Urteils heißt es: **„Der Hinweis der Kläger, daß die tariflichen Bestimmungen nicht durch besondere Parteivereinbarungen außer Kraft gesetzt werden können, ist irrig. Der Tarifvertrag gilt nur, wenn etwas anderes nicht vereinbart ist."**

Da es gegen Gewerbegerichtsurteile keine Berufung gibt, sind die Kellner mit ihren Ansprüchen abgewiesen. Die Proletarier sollen daraus die Lehre ziehen, daß der ganze demokratische Paragraphenplunder und ihre gewerkschaftlichen Tarifverträge ihnen nur dann Recht geben, wenn es im Interesse der Bourgeoisie liegt.

Der „Vorwärts" (vom 18. September, Abendausgabe), der noch für jede Gewalttat und für jede Rechtsbeugung, sofern sie sich gegen Arbeiter richten, einen demokratischen Schleier fand, versucht auch diesen offenen Rechtsbruch zu entschuldigen. Er schreibt, „daß der Verfasser dieses Urteils, Stadtrat Hippe, der erst seit einigen Wochen am Gewerbegericht Berlin amtiert, gewisse gesetzliche Bestimmungen, die er als Gewerberichter anzuwenden hat, nicht kennt."!!

Wir wollen das gelten lassen. Aber die bescheidene Frage müssen wir uns erlauben: Braucht ein Stadtrat weiter nichts zu können, als Reden zu schwingen und Versprechungen zu machen — bis er gewählt ist? Ein leichtes Handwerk! Die Klempner-, Bäcker- und Korbmacherstifte müssen ein Gesellenstück ablegen, aber ein Richter — hat ja nur gegen Proletarier zu richten. Und weiter: Kennen die von den Gewerkschaften gewählten Beisitzer nicht mal die lapidarsten Bestimmungen der Tarifverträge? Haben sie nichts weiter zu tun, als mit dem Kopf zu nicken, wenn der Herr Stadtrat sich irrt?

Aber die Geschichte hat ihre Moral. An dieser „Rechtsprechung" wie an allen „Urteilen", gegen die der „Vorwärts" pflichtschuldigst hie und da tobt, ist die Sozialdemokratie nicht ganz unbeteiligt. Herr Stadtrat Brühl, vor seiner Wahl der rrradikale USP.-Wüterich (bis er mit seinem Stadtratsposten mit Pensionsberechtigung der Herr Rat der SPD. wurde) hat als Dezernent des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts den entscheidenden Einfluß bei der Anstellung der Gewerberichter! Der Herr Stadtrat Hippe ist der Untergeordnete Brühls und von ihm als Gewerberichter bestellt. Was denken sich die proletarischen Parteigenossen und die Gewerkschaftskollegen des Herrn Brühl dabei? Was denken sie von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften?

Politische Rundschau

„Warum ich aus der KPD. austrat"

(Von S c h u l z - G ö r l i t z, früh. Pressevertreter der „Görlitzer Arbeiterzeitung" und späteren „Arbeiter-Zeitung für Schlesien".)

Ueber zwei Jahre habe ich in der KPD. gearbeitet und mich an jeder Kleinarbeit beteiligt. Nur wenige von meinen, an die KPD.-Presse gelieferten Artikel sind ungedruckt geblieben. Wenn ich heute der Partei nicht mehr angehöre, so habe ich folgende Gründe.

1. R u s s i s c h e F r a g e. Rußland, ein Grundbesitzer-Staat, wird fälschlich als Arbeiterstaat hingestellt.

2. G e w e r k s c h a f t s f r a g e. Der russische Staat, der in Wahrheit die Komintern leitet, fordert von der rev. Arbeiterschaft den Eintritt in die Gewerkschaften, die von 1914—18 und bis auf den heutigen Tag „ein Sturmbock gegen den Bolschewismus", d. h. gegen jede proletarische Revolution, waren und auch in Zukunft sein werden. An die „Eroberung der Gewerkschaften" glauben die KPD.-Angestellten selbst nicht, erklären aber bei jeder Gelegenheit, diese „Eroberung" sei möglich und nötig.

3. P a r l a m e n t a r i s m u s. Als Berichterstatter im Stadtparlament konnte ich mich von der Zwecklosigkeit und Schädlichkeit der parlamentarischen Arbeit überzeugen. Die Kommune ist in der sozialen „Fürsorge" und in allen Finanzfragen — und jede Frage ist eine Finanzfrage — durch die höheren Behörden gebunden. Die Stadtverordnetenversammlung und vor allem die KPD.-Fraktion haben gar nichts zu melden. Wohl aber sorgen die Bürgerlichen dafür, daß die Kommunisten in alle möglichen Kommissionen gewählt und somit ihrer rev. Tätigkeit für das Proletariat entzogen werden.

In den übrigen Parlamenten liegen die Dinge ähnlich.

So erschöpft sich die KPD. in fortwährenden Stimmzettelaktionen und Demonstrations-Faschings-Umzügen. Sie hetzt die rev. Arbeiterschaft in alle möglichen Aktionen, treppauf, treppab mit allen möglichen Sammellisten, damit das Geld für diese Propaganda auch wieder hereinkommt.

Kein Wunder, daß sie die Erwerbslosen jetzt schon gern der Gewerkschaft überläßt, was sie vor einem Jahre noch nicht tat.

Nach solchen „Aktionen" pflegt in der Mitgliederversammlung der Vorsitzende zu sagen: „Jetzt können wir endlich wieder an unsere e i g e n t l i c h e Parteiarbeit gehen."

Die falsche Kampftaktik der KPD., Massenaufläufe, Eroberung und Festsetzung in Polizeiwachen wie beim Hamburger Aufstand 1923 seien hier nur nebenbei erwähnt.

Da die Komintern tatsächlich eine linke Oposition nicht duldet, ist es zwecklos für einen klassenbewußten Arbeiter, noch in ihr zu bleiben. Ich habe nur wenige Punkte anführen können. Die Verschmelzungsbestrebungen der KPD.-Jugend mit der SAJ. sind auch noch zu erwähnen. Ich kann zusammenfassend nur erklären: die Politik der Komintern ist schädlich für die Arbeiterschaft, um so mehr, da in der KPD. — dank der Tradition der russischen Revolution von 1917 — heute noch zum guten Teil revolutionäre Arbeiter sind.

NB.: Ich mache einen Unterschied zwischen den Arbeitern der SPD. und KPD.

Wer heute noch nicht die SPD. durchschaut hat, handelt ganz unverantwortlich. Denn die Noske-Partei ist sehr leicht zu durchschauen. Dem KPD.-Arbeiter, zumal wenn er n i c h t gerade in den großen Industriezentren Berlin, Rheinland-Westfalen, Hamburg wohnt und daher n i c h t von der KAPD. gut erfaßt werden kann, möchte ich aber noch eher mildernde Umstände zubilligen.

Die KPD.-Arbeiter tun gut, nicht auf irgendwelche „Ultralinke" zu hören, sondern vorerst einmal die „KAZ." und den „Kampfruf" zu lesen und die Versammlungen der KAPD. und der AAA. zu besuchen.

Wer segelt unter falscher Flagge?

Das neue „Zimmerwald", die neue „Zimmerwalder Linke" und der neue Lenin.

Die Nummer 15-16 des Organs der „Entschiedenen Linken" in der KPD., das den gleichnamigen Titel trägt, ist die Fortsetzung der „Kommunistischen Politik", wie aus der Erklärung auf der ersten Seite zu entnehmen ist. Wie wir erfahren haben, gehört Korsch der auf der letzten Reichskonferenz gewählten Reichsleitung nicht an. Die neue Reichsleitung gab die „Entschiedene Linke" heraus, wovon wir in letzter Nummer der „KAZ." schon sprachen. Einzelheiten interessieren uns bei der Sache absolut nicht. Für die KAPD. ist die Frage der Arbeiterbewegung keine Frage der gegenseitigen Bekämpfung von „großen" Männern, sondern eine Frage **des Inhalts der Bewegung**, daraus resultiert das Verhältnis der KAPD. zu anderen Gruppen. Das diese neue Reichsleitung der „Entschiedenen Linken" zu Recht besteht, bestätigt ein Rundschreiben von **Korsch**, das uns zugesandt wurde. In diesem Rundschreiben Nr. 14 vom 9. September 1914 heißt es:

„Die Mehrheit der Reichsleitung auf der Liste Schwarz-Körbs ist abgesehen davon, daß sie fraktionell zusammengeschoben ist, auch noch in sich selbst widerspruchsvoll zusammengesetzt. Wie einst auf der Reichskonferenz am 24. Januar 1926 die angebliche „Mehrheit" in Wirklichkeit auf einem bloß vorübergehenden taktischen Zusammengehen zweier politisch ganz entgegengesetzter Gruppen (Weber und Katz) beruhte, so besteht auch diesmal die angebliche Mehrheit einerseits aus solchen Genossen wie Schwarz usw., die möglichst schnell einen „eigenen Laden" für sich aufziehen wollen, andererseits aus solchen Genossen, die innerhalb unserer Gruppe bewußt und planmäßig die Politik und Taktik einer anderen Partei, der KAPD., durchführen wollen. Auf dieser Grundlage kam eine arbeitsfähige Reichsleitung nicht zustande kommen.

Zu dieser zersetzenden Tätigkeit der vom eigenen Ladenfimmel besessenen Schwarzgruppe kam als weiteres zersetzendes Moment hinzu, die Tätigkeit einiger Genossen, die vor und auf der Konferenz — sei es im Auftrag der KAP., sei es aus eigenem Antrieb, aber mit Unterstützung der KAP. — sich das Ziel gesetzt haben, die Gruppe der Entschiedenen Linken so schnell wie möglich politisch und organisatorisch zur KAP. hinüberzuziehen und zu drängen. Der ganze letzte Absatz der von den Genossen Schwarz, Körbs usw. vorgelegten Resolution ist ein Zusatz, den diese KAPistisch gerichteten Genossen zu der ursprünglichen Resolution von Schwarz hinzugefügt haben. Ihr Hauptsprecher erklärte obendrein, daß er seiner persönlichen politischen Einstellung nach mit diesen, größtenteils sehr unklaren und gewundenen Formulierungen durchaus nicht zufrieden wäre. Er stimmte aber dafür, um, wie er selbst sagte, unter Ausnutzung unserer inneren Streitigkeiten die ganze Gruppe der Entschiedenen Linken vorwärtszutreiben. Dieser Genosse ist heute neben Schwarz und Körbs führendes Mitglied der neuen Reichsleitung.

Wenn das Ziel der KAP. und ihrer Agenten in unseren Reihen nur darin bestehen würde, unsere politische und taktische Linie in der Richtung auf ein klares, marxistisches Programm und eine entschiedene revolutionäre Taktik zu verschärfen, so hätte sie das ohne alle Winkelzüge viel besser erreichen können. Die „Verschärfungen", die von diesem Genossen in die Resolution der Schwarzgruppe so mühsam hineingeflickt worden sind, finden sich viel klarer und schärfer in den von uns auf der Konferenz eingebrachten politischen Resolutionen und in den letzten Nummern unserer Zeitung „Kommunistische Politik".

Hier aber handelt es sich um etwas anderes. Wir können uns das in unserer Zimmerwalder Resolution vorgeschlagene Zusammengehen mit allen linken Gruppierungen innerhalb und außerhalb der KPD. und KI., einschließlich der KAP. nur in der Form eines gleichzeitigen ideologischen Kampfes zwischen diesen verschiedenen mehr oder weniger „linken" Gruppierungen um die Gewinnung der richtigen, d. h. wirklich marxistischen Linie denken. Wir lehnen es aber ab, die lebendige Entwicklung unserer Gruppe, **die ihre eigenen Schwächen und Halbheiten kämpfend überwindet**, auch nur teilweise abhängig zu machen von den Wünschen solcher Genossen, die den organisatorischen Ausdruck ihrer politischen und taktischen Anschauungen bereits in der KAP. gefunden haben, d. h. also in einer Partei, die in den letzten Jahren keine merklichen Spuren von lebendiger Weiterentwicklung mehr zeigt und in den Kämpfen des revolutionären Proletariats in der letzten Zeit nur noch eine sehr geringe Rolle gespielt hat."

Damit wird zugegeben, daß diese Reichsleitung formell zu Recht besteht, Korsch lehnt dieselbe aus politischen Gründen ab. Der Grund ist, daß Korsch eine Koalition mit Ruth Fischer, Scholem, Maslow, Weber usw. sucht, und gefunden hat. **Er ist also deren „Agent".** Die Mehrheit der Entschiedenen Linken lehnte eine Koalition mit diesen Elementen, die eine sehr üble Vergangenheit aufweisen, und die schon von den Proleten der „Weddinger Opposition" den Fußtritt bekommen haben, ab. Korsch als „Marxist" sieht in der Brüderschaft mit ihnen eine „politische Notwendigkeit". Wie er in der Hetze gegen die KAPD. ebenfalls eine „politische Notwendigkeit" sieht. Wie er aber von diesen seinen „Argumenten" uns gegenüber nie Gebrauch machte, sondern diesen Versuch der Diskreditierung vom Schreibtisch aus betreibt, so versucht er auch durch eine skrupellose Verleumdung uns der Fälschung zu bezichtigen, und zwar begeht er diese Fälschung **wissentlich**. In einer „Sondernummer" seiner „Kommunistischen Politik" vom 23. September bringt er einen Aufruf, der groß aufgemacht, folgendermaßen beginnt:

Unter falscher Flagge.

Die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD.) gibt durch ihre Druckerei (Buchdruckerei Willy Iszdonat, Berlin O 17, Langestraße 79) ein neues Blatt heraus, das äußerlich, in Format und Aufmachung, soviel wie möglich unserer „Kommunistischen Politik" nachgeahmt ist.

Dieses neue Organ der KAPD. erscheint unter der durchaus irreführenden Bezeichnung:

Alle Macht den Räten
Entschiedene Linke
(früher Kommunistische Politik)

Auch die Numerierung dieses neuen Blattes, dessen Inhalt restlos von den theoretischen Führern der KAPD. verfaßt ist, und das auch technisch von der KAPD. allein hergestellt und von ihr auch allein bezahlt oder „kreditiert" wird, beginnt nicht, wie es richtig wäre, mit Nr. 1, sondern mit der gleichen laufenden Doppelnummer 15-16, unter der einige Tage zuvor auch die für Mitte September fällige Nummer der echten „Kommunistischen Politik" erschienen ist.

In einer redaktionellen Vorbemerkung behauptet der „verantwortliche" Redakteur dieses neuen KAPD.-Blattes, Ernst Schwarz, Berlin-Lichtenberg, daß dieses Blatt die Fortsetzung „unseres Diskussionsblattes", der „Kommunistischen Politik" sei und nur seinen Namen geändert habe.

Die beiden Gründe, die Genosse Schwarz für diese „Namensänderung" anführt, laufen beide darauf hinaus, daß Genosse Schwarz die Entschiedenheit, die das Diskussionsblatt der Entschiedenen Linken bisher durch seinen Inhalt zum Ausdruck brachte, künftig in den Titel und Namen des Blattes verlegen will.

Er erklärt, daß „eine Gruppe wie die unsere" „nichts Unveränderliches, außer ihrer Entschiedenheit besitzt".

Er erklärt zweitens, daß das Blatt der Entschiedenen Linken in Zukunft nicht mehr „Kommunistische Politik" heißen dürfe, weil auch andere Leute, z. B. das ZK (vom Ekki sagt der Genosse Schwarz nichts, er hat diese Kleinigkeit „vergessen"!), und die Genossen Weber und Ruth Fischer-Maslow „angeben, kommunistische Politik zu machen". — Jawohl, darum bestand und besteht die Aufgabe unserer „Kommunistischen Politik" darin, sich von der angeblich „kommunistischen" Politik der Partei- und der Kominternführung und der zentristischen Gruppen durch ihren Inhalt zu unterscheiden. Der Genosse Schwarz und seine Helfer wählen den leichteren Weg, sich von allen „unentschiedenen Linken" (also doch „Linken"?) ein für alle Mal durch einen anderen Namen, den man sich selbst beigelegt hat, „abzugrenzen".

Wir brauchen zu dem Inhalt des neuen Blattes hier nicht im einzelnen Stellung nehmen. Wir werden uns mit der „kommunistischen" Politik, **die die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands in allen ihren Organen, und somit auch in diesem ihrem neuesten Blatt vertritt**, wie bisher, so auch künftig in unserer „Kommunistischen Politik" sachlich auseinandersetzen. Wir bemerken noch einmal, was wir schriftlich und mündlich schon oft erklärt haben, daß unser „Diskussionsblatt der Linken" von Anfang an der KAPD. zur Darlegung ihres politischen Standpunktes ganz ebenso zur Verfügung gestanden hat, wie allen anderen Richtungen und Gruppierungen innerhalb und außerhalb der KPD. und KI., die „gegen die opportunistische Entartung der Kommunistischen Weltpartei Lenins zu einer zweiten sozialdemokratischen Partei kämpfen wollen.

Es ist nicht unsere Schuld, daß die KAPD. von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht hat und für die politische Auseinandersetzung mit uns statt des offenen geraden proletarischen Weges lieber den erst mühsam zu eröffnenden ungeraden „bolschewistischen" Weg des verkleideten Auftretens gewählt hat. Es ist ebenso wenig unsere Schuld, daß Genosse Schwarz, statt sich, gemeinsam mit uns, mit der Politik und Taktik aller linken revolutionären Strömungen und Gruppierungen in einem offenen ideologischen Kampf auseinanderzusetzen, sich lieber Hals über Kopf zum gefügigen Werkzeug einer Gruppe gemacht hat, die die organisatorische Erfüllung ihrer politischen Tendenz schon seit Jahr und Tag in den besonderen Organisationen der KAPD. und der AAU. gefunden hat.

Wir begnügen uns damit, zu erklären, daß wir diesen Weg zur KAPD. und AAU. mit dem Genossen Schwarz nicht mitgehen werden. Wir werden in unserer „Kommunistischen Politik", dem fast seit der Gründung unserer Gruppe der Entschiedenen Linken bestehenden Organ dieser unserer Gruppe, die bisherige politische und taktische Linie der Entschiedenen Linken weiter fortsetzen, das heißt zugleich sie in die Tiefe und in die Breite, im nationalen und im internationalen Maßstabe, weiter entwickeln. Diese Linie heißt aber für uns nicht, **wie die alte historische Linie der KAP.** und der Leitartikel des neuen Schwarzblattes: „Erst Klarheit, dann Mehrheit". **Wir stellen dieser ungenügenden und falschen Linie, die den übermächtigen, vordringenden Opportunismus und Reformismus der Zweiten** und Dritten Internationale nur durch eine negative, idealistische Schutzwehr von sich selber fernhalten will, **gegenüber unsere marxistische, positiv dialektische, materialistische Linie des revolutionären Kampfes in der wirklichen Welt. (??)**

Wie vor 11 Jahren zur Zeit der Liquidierung der revolutionären Sozialdemokratie durch die Kriegspolitik und die reformistische, nationalliberale Arbeiterpolitik der Parteien der Zweiten Internationale, so heißt auch heute gegenüber der begonnenen und in beschleunigtem Tempo fortschreitenden Liquidierung des revolutionären Kommunismus, der Dritten Internationale, unsere Marx-Leninsche Losung: Gegen die Liquidatoren: Zimmerwald. Für die siegreiche Wiederherstellung und Entwicklung der Theorie und Praxis des internationalen revolutionären Kommunismus und seiner marxistischen Partei: Zimmerwald und Zimmerwalder Linke."

Dazu haben wir zu erklären.

Es handelt sich hier um einen ganz gewöhnlichen Schwindel, und es handelt sich weiter um eine Skrupellosigkeit, um

Methoden, die jedem Proletarier beweisen, was Leute solchen Schlages unter „kommunistische Politik" verstehen. Die KAPD. hat mit dem Organ „Entschiedene Linke" ebenso wenig zu tun, wie sie mit der „kommunistischen Politik" von Korsch zu tun hat.

Herr Korsch weiß, daß die KAPD. keine Druckerei hat, wenn sie es erst so weit gebracht hat, haben die Korsch ihre Rolle ausgespielt. In der Privatdruckerei, in der die „KAZ." hergestellt wird, lassen noch Presseerzeugnisse herstellen: AAU., KAJ., USP., Syndikalisten, Anarchisten, oppositionelle Gewerkschaften, Arbeitersportler und zwei bürgerliche Zeitungen. Vielleicht sind das auch „Organe der KAPD."? Wir haben mit dem Inhalt des Blattes ebenfalls nichts zu un! Unsere Stellung zu Rußland deckt sich allerdings mit der der „Entschiedenen Linken". Wenn Korsch diese Uebereinstimmung selbst anstößig findet, so ist das mehr als charakteristisch. Vor kurzem noch hat er die „KAZ." als Kronzeugen angerufen. **Korsch spricht aber dann selbst von Gründen, die „Genosse Schwarz als Namensänderung anführt".** Schwarz „erklärt" mit einem Male, nicht die KAPD. Damit widerlegt Korsch seinen eigenen Schwindel.

Um das Motiv eines solchen Gaunertricks zu verstehen, ist es notwendig, auf die wahren Beweggründe einzugehen. **Wie die Zentrale der KPD.,** so sucht auch Korsch sich eine Plattform zu schaffen im Kampf **gegen** die KAPD. Er versucht die KAPD. als einflußlos hinzustellen, und **er** ist der große Gott des neuen Zimmerwald, **er** ist der große Lenin der „Zimmerwalder Linke".

Wir fragen, wessen Schuld ist es, **daß** der Einfluß der KAPD. nicht größer ist? Wo war denn Herr Korsch die ganzen Jahre. Ganz abgesehen, daß der neue Lenin recht lange nicht aus der USPD. herausgefunden hat, hat er auf dem Leipziger Parteitag der KPD. folgende „linke", „marxistische", „positiv-dialektische", „materialistische Linie des revolutionären Kampfes in der wirklichen Welt" vertreten:

„Ich möchte nun, soweit es die kurze Redezeit mir erlaubt, im einzelnen zeigen, wie von Anfang bis zu Ende die ganze Auffassung der Frage der Arbeiterregierung auf der Seite der sogenannten Linken durchaus undialektisch ist. Ebenso undialektisch versteht die sogenannte Linke (!) die Frage der Einheitsfront." (Bericht des Leipziger Parteitages. Seite 359–360.)

Dieselbe dialektische Wildgans erlegte Herr Korsch, als er noch **nach** dem Ekkibrief **für** den roten (!) Imperialismus Rußlands eingetreten ist. Der „Dialektiker" Korsch hat weiter noch am 1. Dezember 1925 in einem Vortrag: „Sowjetrußland von heute", Loblieder auf die Nep gesungen. Es dauerte also recht lange, bis der „Dialektiker" Korsch sich selbst entdeckte und der KAPD., die immerhin schon ein bißchen früher gegen den ungeheuren Schwindel, den er selbst eifrig verbreiten half, kämpfte, sagen konnte, daß sie in der „letzten Zeit nur noch eine sehr geringe Rolle gespielt hat".

Wir werden in der nächsten Nummer der „KAZ." näher auf den „dialektischen" Treppenwitz einer neuen „Zimmerwalder Linke" mit dem neuen Lenin eingehen. Für heute sei nur vorausgeschickt, daß die Zukunft der revolutionären Arbeiterbewegung nicht mehr am Gängelband eines Professors hängen darf, der von Ruth Fischers Gnaden „kommunistische Politik" treiben darf, und um seines „Erfolges" willen die revolutionären Arbeiter gegeneinander hetzen, und, wie einst seine Lehrmeister der Komintern, die KAPD. als Kinderschreck gebrauchen möchte. Die Zukunft der revolutionären Arbeiterbewegung steht allerdings vor **der** klaren Entscheidung: Entweder mit der KAPD., als der Partei, die das Problem von Führer und Massen praktisch gelöst hat, und in kommunistischer Kollektivarbeit allen ihrem Programm folgenden Genossen die Plattform bietet zum revolutionären Angriff und Ueberwindung des Kapitalismus, — oder mit den „großen" Männern, die die Unmündigkeit des Proletariats gebrauchen für ihre bürgerliche Führer- und Intrigenpolitik und ihren Größenwahn.

Die Aufforderung, daß die „Kommunistische Politik" „der KAPD. zur Darlegung unseres politischen Standpunktes offensteht", ist uns in der Tat neu, aber wir werden natürlich diese Gelegenheit auch nachträglich benützen.

Aus der Bewegung

Moskau kauft die „Selbständigen Verbände" auf

In dem „Bekleidungsarbeiter" Nr. 18 vom 28. August lesen wir:

Der Vorsitzende des Russischen Bekleidungs-Arbeiter-Verbandes besucht uns im Büro.

Am Sonnabend, dem 14. August, besuchte uns nach vorheriger Anmeldung der Kollege Sokolinski mit einer russischen Kollegin in unserem Büro zu einer mehrstündigen Aussprache. Der Kollege Sokolinski stellte insbesondere die Frage: Wie wir uns zu einer Wiedervereinigung mit dem Deutschen Bekleidungs-Arbeiter-Verband stellen?

Neben einer Anzahl von Kollegen unserer Organisation nahm an dieser Aussprache der Kollege Kaiser vom Industrie-Verband für das Baugewerbe teil.

Kollege Sokolinski berichtete von dem soeben stattgefundenen Kongreß in Leeds (England). Auf diesem Kongreß habe der Vorsitzende des englischen Verbandes die Herstellung der Einheit, die Aufnahme aller Gewerkschaften, auch der russischen, in den IGB. gefordert und, wenn diese Aufnahme nicht vollzogen würde, mit Austritt aus der Amsterdamer Internationale gedroht.

Der Sekretär der Bekleidungs-Internationale, van der Heg, Holland, nahm an diesem Kongreß teil. Er verurteilte ebenfalls, wie die Engländer, sehr scharf das völlige Versagen der Amsterdamer beim englischen Bergarbeiterstreik. Wenn alle revolutionären Verbände in die Amsterdamer Internationale eintreten würden, dann wäre durchaus die Möglichkeit gegeben, die Amsterdamer Gewerkschaftsführer mit ihrer reformistischen Einstellung durch andere zu ersetzen. So sagt van der Heg.

Kollege Sokolinski sagte weiter: Es müsse nicht nur die internationale, sondern auch die nationale Einheit hergestellt werden. Er fragte, wie wir (der Bekl.-Ind.-Verb.) zu dieser Frage stehen?

Wir haben darauf geantwortet, daß wir wiederholt dem Dtsch. Bekl.-Arb.-Verb. geschrieben haben; eine Antwort hätten wir nie erhalten, und wir denken nicht daran, von uns aus wiederum zu schreiben. Unsere Mitglieder haben sich das energisch verbeten. Wenn jedoch eine dritte Stelle derartige Anregungen gäbe, dann seien wir nicht abgeneigt, in Verhandlungen einzutreten. Voraussetzung jedoch sei: Verhandlungen von Organisation zu Organisation; Wiederaufnahme aller Mitglieder; Neuwahl der Filialleitungen und Sicherung gegen neue Ausschlüsse. Die von der KPD. betriebene Einzel-Uebertritts-Kampagne lehnen unsere Mitglieder mit aller Entschiedenheit ab.

Koll. Sokolinski teilte mit, daß am 5. September eine neue Verhandlung in Belgien stattfindet. Er würde sich dafür einsetzen, daß unsere Organisation hinzugezogen würde.

Wir erklären uns bereit, wenn eine derartige Einladung an unseren Verband ergeht, ihr Folge zu leisten und Delegierte zu entsenden. Wir werden die Ansichten der Gegenseite genau anhören und unsere Mitglieder darüber entscheiden lassen. Irgendeine Bindung über den Kopf unserer Mitglieder hinweg lehnen wir mit aller Entschiedenheit ab. Wir setzten alles daran, unsere eigene Organisation zu einer wirklichen Klassen-Organisation auszubauen, weil wir nicht glauben, daß der Deutsche Bekleidungs-Arbeiter-Verband, gestützt auf seinen Verbandstags-Beschluß vom vorigen Jahre, mit uns in Verhandlungen eintritt.

Kollege Sokolinski schied von uns mit der Versicherung, daß er nunmehr den Deutschen Bekleidungs-Arbeiter-Verband aufsuchen werde.

Wir warten das Ergebnis der Schritte des Kollegen Sokolinski ab; wir werden unsere Kollegen davon unterrichten und heben noch einmal hervor: die beste Vorarbeit zur Wiedervereinigung aller Bekleidungsarbeiter ist und bleibt die Stärkung der eigenen Organisation.

Es handelt sich hier um den Verband der Bekleidungsindustrie, mit Schuhmacher an der Spitze. Diese „Selbständigen Verbände" bilden ein Kartell, und diesem Kartell ist wiederum das „Spartakuskartell" angeschlossen dadurch, daß der dem „Spartakuskartell" angehörende „Industrieverband für das Verkehrsgewerbe" zugleich mit den „Selbständigen Verbänden" kartelliert ist.

Aus diesem Artikel geht hervor, daß die Führer dieser „roten" Verbände mit irgend welchen Prinzipien nicht belastet sind. „Stärkt die Organisation", damit, wenn die Postenverteilung nicht klappen sollte, unsere Existenz gesichert ist, rufen die „revolutionären" Führer aus. Man hat keine prinzipiellen Bedenken, man möchte nicht gern selbst, nachdem man so oft abgewiesen wurde, sich aufs neue blamieren. Von dritter Seite also Vermittler erbeten. Die Manuskripte gegen Amsterdam verbrennt man, wenn der Handel abgeschlossen ist. So lange jedoch braucht man sie.

Dies trifft nicht nur für den Bekleidungsarbeiterverband zu, sondern auch für den Weyer-Verband und sonstige Zwerggewerkschaften. Ihre rein gewerkschaftliche Taktik, die sich von der der Amsterdamer nicht unterscheidet, verurteilt sie zu einem Schattendasein. Sie ernähren ihre Führer, und wenn sich denselben ein Steg nach Amsterdam bietet, betreten sie ihn ohne Bedenken.

Als revolutionäre Klassenorganisation kommt nur die AAU. und ihre revolutionäre Kampftaktik in Frage. Und wenn die „roten" Verbände verschwunden sind, dann wird durch diese reinliche Scheidung viel angerichtete Verwirrung verschwinden. — Hoffentlich kauft Moskau nicht den „Industrieverband für das Verkehrsgewerbe", und damit das „Spartakuskartell" auf Abbruch, bevor es sich auf seiner nächsten Reichskonferenz selbst aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung auslöscht.

Der Katzensteg

Seit der Loslösung der Katz-Gruppe hat Katz 26 Mitteilungsblätter herausgegeben. In diesen 26 Mitteilungsblättern schrieb Katz 25 Artikel gegen Moskau, außer den dazugehörenden Notizen. Der Uebergang war an sich schon ziemlich jäh. Noch kurz vor der ihm dämmernden Erkenntnis bezüglich der Moskauer Politik gehörte Katz zu den schärfsten Gegnern der KAPD. Diese 25 Artikel, gegen die KPD. und Komintern bewiesen jedoch, daß Katz zu den Naturen gehört, die sich, einmal in Bewegung geraten, unabhängig von den Bedingungen und Erfahrungen des proletarischen Befreiungskampfes „entwickeln". Nur mit leiser Angst konnte man diese Entwicklung in knapp einem Jahre verfolgen. Seine Artikel gegen Moskau steigerten sich bis zur perversen Tobsucht, ohne daß dafür ein ersichtlicher Grund vorlag. Die KAPD. hatte diese Entwicklung schon Jahre vorher aufgezeigt, aber sie ist nicht in Schreikrämpfe verfallen. Das Bewußtsein von der Richtigkeit ihres Weges gab ihr die Kraft, sicher und ohne Schwanken und aller Schwierigkeiten zum Trotz ihre revolutionäre Pflicht zu tun.

Unter den 25 Artikeln gegen Moskau befanden sich auch zwei, die sich mit anderen Fragen befaßten. Die Gewerkschafts- und Parlamentsfrage wurde scheinbar im revolutionären Sinne entschieden. Fragen, die in ernst mit sich ringenden Organisationen tiefe Diskusionen zur Folge hatten, dauerten bei Katz Tage. Nicht gerade ein Beweis für allzu große Gründlichkeit. Blieb noch die Frage der Notwendigkeit und der historischen Rolle der revolutionären Partei. Vor Wochen noch bekannte sich Katz öffentlich zur revolutionären Partei. In seinem Mitteilungsblatt Nr. 26 erledigt er dieselbe in einem einzigen Artikel. —

In wirklich nicht ernst zu nehmenden, flachen, witzig sein sollenden Mätzchen, ruft er: „Genug! Gerade das war unsere Bolschewisierung!", legt er die Beichte ab für die Einheitsorganisation. Mit denselben Argumenten, mit denen er die Partei ablehnt, kann man natürlich auch die Räte ablehnen. Denn auch sie wurden in Rußland verfälscht. Man kann auch den bewaffneten Aufstand ablehnen, denn er führte nicht zum Sieg des Proletariats, sondern zur Parteidiktatur, und diese zur Herrschaft der Bauern. Ein „Marxist", der nicht begreift, daß für die Entartung der bolschewistischen Partei und der Räte, nicht die Partei als solche, sondern die ökonomische Ausweglosigkeit ausschlaggebend wurde, kann noch so viele „Beweise" bringen, aber er entrinnt nicht der Lächerlichkeit. Nicht die Waffen der Revolution gilt es abzulehnen, und damit die Revolution selbst, sondern es gilt, sie nach den Erfahrungen der Revolution zu gestalten.

Mit seiner Kartell-Politik hat Katz den Beweis bereits geliefert, daß ihm die Probleme der Revolution ein Buch mit sieben Siegeln sind. Mit dem Namen „Spartakus" glaubte er — ein sprechender Beweis für seine Naivität — Erinnerungen zu wecken, die alle Hemmungen überwinden. Das revolutionäre Proletariat konnte sich ob solcher Revolutionskunststückchen eines Lächelns nicht erwehren, und die Ratten kamen — trotz aller schönen Rattenfängerweisen nicht. Uebrig blieb das Kartell, zusammengehalten durch die Freundschaft von ein paar Bonzen, denen Grundsätze billig sind wie ranzige Butter. Diejenige Organisation, die von ihren Thesen nichts opferte, war der „Industrieverband für das Verkehrsgewerbe", eine kleine Gewerkschaft.

Der nächste Schritt, den der verzweifelte Katz nun unternimmt, ist, die „Vorwärtstreibung" der Revolution auf die organisatorische Seite zu schieben. Diese Entwicklung beginnt mit dem „Kampf" gegen die KAPD. Armer Katz! Geht es nicht mit einer Parole, geht es vielleicht mit einem Organisationsrezept womit man die Arbeiter anlockt. So kommt er mit dem alten Schimmel der „Einheitsorganisation" geritten, und kommt sich noch ungeheuer wichtig vor. „Ein wichtiges Mittel dazu, — brüllt er, heftig gestulierend — ist die Beseitigung aller Bezirksleitungen, Reichsleitungen usw. An ihrer Stelle bestimmt die Reichskonferenz einen geschäftsführenden Vorort, der alle Verwaltungsarbeiten kollektiv führt, und einen Ort, der die Kontrolle führt." Dieses Organisations-Wundertier ist so wenig neu, und so wenig originell, wie der Katz. Die „Entwicklung" im Kopfe von Phantasten geht eben unabhängig von der Revolution vor sich. Und die Entwicklung des Katz ist wirklich eine so rasende, daß man heute nicht weiß, wo er morgen landen wird. So fing die AAUE. an, sich zu „entwickeln", und die höchste Stufe dieser Entwicklung kommt zum Ausdruck im „Proletarischen Zeitgeist", dort wird als letzte revolutionäre Errungenschaft die Ablehnung jeder Organisation gefeiert mit der Begründung, daß jede Organisation die „Klasse" spaltet. Das ist der Stumpfsinn aus Prinzip. Daß Katz so nebenbei von einem „hinterherlaufenden Schimpfen" der KAPD. träumt, „die es nicht vergessen kann, daß wir als taube Kinder zu ihr übertraten", ist ein Beweis, daß Katz im Notfalle auch als Witzblattredakteur sein Brot verdienen kann. Dieser Fall liegt vielleicht nicht mehr fern, denn trotz aller Witze weiß Katz immer noch nicht, ob er eine AAUE. will, oder eine neue Partei. Beim Lesen des ganzen Zeugs wird einem wirklich im Kopf so dumm, als ginge einem ein Mühlrad darin herum.

Dieses „Spartakuskartell" soll nämlich auf einer Reichskonferenz die Ideologie des „Deutschen Verkehrsbundes", die des Katz und die der AAUE. durch eine große Mühle mahlen, um eine „Einheitlichkeit" zu erzielen. Wir gratulieren zu dieser Reichskonferenz. Dort wird das „Kartell" auseinanderfliegen wie ein altes Klosett, und Pfempfert und Katz werden die neue Heirat eingehen. Katz ist zwar Mitglied des „Idustrieverbandes für das Verkehrsgewerbe", doch das bißchen Entwicklung von einer Gewerkschaft zur Pfempfert-Union ist für den Katz ein Klaks. Ist nicht der Rede wert! Drei Seelen wohnten bis dato schon so wie so in seiner Brust. Er streicht eben ein „Programm", wie man alte Schulden streicht. —

Die KAPD. und AAU. haben keine Mühe gescheut, mit den Proleten der Katz-Gruppe in ein kameradschaftliches Verhältnis zu kommen. Ihre revolutionäre Tradition legitimiert sie vor Katz, die Fragen der proletarischen Revolution ernsthaft gemeinsam zu lösen. Konnte es ihnen verborgen bleiben, daß der Katz dauernd den Mantel nach allen Richtungen hängte? Konnte es ihnen verborgen bleiben, daß der Katz eine Bewegung haben will, um jeden Preis, nur um ihn zu tragen? Indem wir diese Notwendigkeit der Konzentration des marxistischen Vortrupps erneut betonen, und indem wir den lächerlichen Versuch der Katz, seinen Weg ins Nichts mit nichtverstandenen Zitaten von Liebknecht zu pflastern, anprangern, stellen wir fest: Der Weg KAPD. und der AAU. ist der Weg der proletarischen Revolution, der Weg der Pfempfert und Katz, der Weg der Demagogie, der Weg in den Sumpf der Prinzipienlosigkeit und politischer Gaukler.

Viel Glück auf dem Weg über den Katzensteg.

Franz heißt die Kanaille

Auf den in Nr. 71 der „Kaz" enthaltenen Artikel über das Verhältnis unserer Partei zum Spartakuskartell antwortet die „Einheitsfront" mit einer sich fast über die ganze Zeitungssette erstreckenden Schimpferei, die an Tonfülle und Reichhaltigkeit alles in der Arbeiterwebegung bisher Dagewesene in den Schatten zu stellen sucht.

Wenn die „Einheitsfront" die Ausführungen der „KAZ" nur mit einem Bombardement von Nachttöpfen zu beantworten vermag, können wir es getrost den Arbeitern, die beide Zeitungen in die Hände bekommen, überlassen, das Urteil über diese sonderbare Spielart des „Marxismus" zu fällen. Wir werden auf das Terrain dieser „moralischen Geschichtsauffassung", deren Gesicht unsere Erwartungen weit übertroffen hat, nicht folgen, dafür aber schon die nächste Gelegenheit wahrnehmen, auf jenen lieblichen Erguß des „Selbstbewußtseins" sachlich zu antworten. Wir haben auch keine Veranlassung, auf das Geschwätz über „feige Anonymlinge" einzugehen, weil die proletarische Presse nicht persönlicher Literatureitelkeit, sondern ausschließlich dem Kampfe der Arbeiter dienen muß. Das revolutionäre Proletariat ist nicht arogant genug, um auf seinen Traditionen auszuruhen, sondern muß immerfort trachten, die Lehren des Klassenkrieges auszumünzen für den täglichen Kampf.

Es muß den Arbeitern der AAUE. überlassen bleiben, ob sie dulden wollen, daß die blöden Krakehlereien schiffbrüchiger Literaten von der snobistischen „Aktion" in ihre Zeitung verlegt werden sollen. Das Proletariat braucht nicht Renegaten des Bürgertums und literarische Gernegroße, die mit sich und der Welt immerfort auf dem Kriegsfuß leben, sondern Arbeiter, die aus ihrem Alltag heraus zu den Schicksalsfragen der proletarischen Massen Stellung nehmen. Mit einer Organisation allerdings, die nach ihren Worten die roletarische Demokratie in Erbpacht hat, sich in der Oeffentlichkeit aber fast nur durch das Brüderpaar von Hannover und Wilmersdorf präsentieren läßt, wird man sich schwerlich über die Frage des Führertums auseinandersetzen können. Wir wissen nur zu gut, warum der Mann von der Kaiserallee unsere Partei fanatisch haßt.

Gemein und schmutzig ist der Wanzerich.
Wie Wanzen pflegen, so rächt er sich.

Mitteilungen

Wirtschaftsbezirk Wasserkante.

Am Sonntag, den 10. Oktober 1926, findet in Hamburg-Altona eine **Bezirkskonferenz der KAP. und AAU.** statt. Provisorische Tagesordnung: 1. Wirtschaftspolitische Lage, 2. Taktik, 3. Berichte, 4. Wahl der Bezirksleitung, 5. Verschiedenes.

Düsseldorf. Wir ersuchen die Ortsgruppen Bonn, Köln und Ronsdorf um beschleunigte Abführung der Pressefond-Sammellisten, da die Gelder schon lange abgerechnet sein müßten. Gleichzeitig wird die Ortsgruppe Ronsdorf ersucht Pflichtbeiträge für die Monate Juli, August und September abzurechnen.
Bez.-Leitung Rheinland-Westfalen.

Groß-Berlin

Berlin. Die festgesetzte **Funktionärsitzung am 29. September fällt aus. Die 22. Kommission findet bestimmt statt.**

Spandau. (8. Unterbezirk.) Oeffentlicher Diskussionsabend Donnerstag, den 30. September, abends 8 Uhr, Lokal F. Wagner, Falkenhagener Straße 36, Ecke Frobenstraße.
Thema: **Der kommende Elendswinter.** Neue Schläge für Arbeitende und Erwerbslose.
Freie Aussprache! Proletarier kommt zahlreich.

Nachstehende Nr. der Gutscheine für die Buchhandlung sind bei dem Ueberfall unserer Klebekolonne durch den Roten Frontkämpfer-Bund in Charlottenburg gestohlen worden und werden als ungültig erklärt. Nr. 895—930 zu 1 M. Nr. 277 bis 348 zu 3 M. Nr. 70—78 zu 5 M.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl [illegible], Neukölln. Gedruckt in der Buchdruckerei Willy Iszdonat, Berlin O. 17, Langestraße 79.

7. Jahrg. Nr. 77 — Preis 15 Pf.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiterliteratur" Berlin SO. 36, Lausitzer Platz 13.

September 1926
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW. 7, Nr. 828 42.
Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur Berlin SO. 36, Lausitzer Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post monatlich 1,30 Mk., zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal.

Die ausgestellte Ordnungsbestie

„Die sozialdemokratische Presse ist angefüllt mit Lobeshymnen über die Errungenschaften, die das „System Severing" hervorgebracht hat. Auf einer großen Polizeiausstellung in Berlin kann sich jeder Sterbliche davon überzeugen, was die Demokratie zu seinem Schutz tut. Dort findet er all die neuzeitlichen Mittel und Kniffe vorgeführt, vom Gummiknüppel bis zur Dressur von zwei und vierbeinigen Hunden, vom Verbrecheralbum bis zur ausführlichen Beschreibung von Ueberfallkommandos. — Die Gewerkschaften und die parlamentarischen Parteien, denen an einer Popularisierung der demokratischen Polizei so viel gelegen ist, täten eigentlich gut, den Erwerbslosen gratis Einlaßkarten zu verschaffen, damit sie sich selbst überzeugen können, wie für sie gesorgt wird, wie ihr Parteigenosse und Gewerkschaftskollege Severing auf dem Posten ist.

Diese „Polizeiausstellung", — das geht aus der gesamten Lobhudelei der sozialdemokratischen- und Gewerkschaftspresse hervor, soll in der Hauptsache zwei Aufgaben erfüllen. Zum Ersten soll der Beweis erbracht werden, daß die sozialdemokratische Polizei „besser" ist, als die der alten Kaiserzeit, und zum Zweiten soll die Polizei als solche „in engen Kontakt mit dem Volk" gebracht werden. Die Arbeiter sollen sich endlich abgewöhnen, die „Grünen" über die Achsel anzusehen, sie sollen in ihnen den „Volksgenossen" (so sagt der „Vorwärts") — den „proletarischen Bruder" (so sagt die „Rote Fahne") sehen, und nicht mehr den „Feind". Und als Beweis wird angeführt die musterhafte gewerkschaftliche Organisation der Polizeibeamten, auf deren Tagung ein Vertreter der KPD., Kasper, ein langes Referat halten durfte, in dem er vor Dank überlief darüber, **„daß sie in ihren Verbandsorganen fortlaufend über die Arbeit der Kommunisten im Interesse der Polizeibeamten berichtet haben".** Nachdem er von der „Einheitsfront der Polizeibeamten mit den Arbeitern" einen langen Vers gesungen und auf die schlechten Gehälter hingewiesen hatte, rief er aus: **„Der Unterstützung der Kommunistischen Partei Deutschlands sind sie gewiß".** Mit Genugtuung verzeichnet die „Rote Fahne" **„lebhaftes Bravo und Händeklatschen"!**

Dieses Idyll zeigt, daß man in der KPD. mit dem Gedanken der Revolution nicht mehr „spielt". Zeigt, wie diese Burschen das Proletariat verhöhnen, wie sie nur eines im Auge haben, die proletarische Revolution auf der Grundlage der „Arbeiter- und Bauernregierung" zu stabilisieren. Denn der vorgeschobene Kampf um die „Neutralität" der kapitalistischen Polizei könnte ihre schönste Anwendung ebensogut finden bei der Reichswehr, bei der Teno, bei allen Schutzgarden der Bourgeoisie, und durch diese Taktik dann ohne gewaltsame Auseinandersetzung die kapitalistische Ordnung aus den Angeln gehoben werden.

In Wirklichkeit handelt es sich bei dieser Polizeiausstellung darum, den herrschenden Klassen zu zeigen, wie die demokratische Republik gerüstet hat und rüstet. Und sie hat es groß nötig! Der Kampf gegen das „Verbrechertum" ist im kapitalistischen Staat an sich schon eine bodenlose Heuchelei. In der heutigen Epoche, wo die Selbstmordchronik mit langen Zahlenreihen operiert, wo vor Millionen unterernährten Kindern und Arbeitslosen das Gespenst grausigen Elends schwebt, wo Zehntausenden das Recht zum Leben abgesprochen wird, dieselben in den sozialen Abgrund geschleudert, und ihrem Schicksal überlassen werden, kann man mit Fug und Recht von der herrschenden Klasse als einer einzigen organisierten Verbrecherbande reden. Sie hat längst das Recht verwirkt, einen „Kampf gegen das Verbrechertum" zu führen, weil sie unfähig ist, den Herd der Verbrechen einzudämmen. Ihre einzige „Fähigkeit" besteht darin, „ihre heiligsten Güter mit Gift und Blei und Blut zu verteidigen. Das ist die Moral von der Geschichte der bürgerlichen Klasse.

Nicht die von der Bourgeoisie gezüchteten kriminellen Verbrecher bilden die größte Gefahr für die Bourgeoisie und ihre Ordnung. Die Millionen Arbeitslosen vegetieren schon ein Jahr wie das Vieh dahin, neue Zehntausende kommen hinzu. Und die herrschenden Klassen samt ihren Gewerkschaften und parlamentarischen Zuhältern stehen dem wachsenden Chaos ohnmächtig gegenüber. Die Krise des kapitalistischen Systems erweist sich als ein aufdringlicher Lehrmeister für das Proletariat. Und so gewiß, wie die herrschenden Klassen Millionen ihre eigenen Massengräber im Kriege schaufeln ließen, so versuchen sie jetzt Millionen zum Hungertod zu verdammen. Ihre Werkzeuge im Kampf gegen das zur Verzweiflung getriebene Proletariat, das ist die kapitalistische Polizei, die Justiz, die staatlichen Streikbrechergarden, der Spitzelapparat, die Reichswehr, — und der Verdummungsapparat, das sind die Gewerkschaften, die Pressereptile aller bürgerlicher und sozialdemokratischer Schattierungen.

Das Proletariat kann sich einzelner Leute zuliebe, die „weiter keine Arbeit finden", in keine Sentimentalitäten einlassen, daß auch in der kapitalistischen Polizei, in dem kapitalistischen Spitzelapparat, in der kapitalistischen Reichswehr usw. „proletarische Brüder" stecken. Das heißt, die Parole ausgeben, daß jeder Arbeitslose ein Lump am Proletariat werden könnte. Wer sich in den Dienst der herrschenden Klasse stellt, der ist ein Feind des Proletariats. Und wer es nicht weiß, dem muß das Proletariat dies laut und deutlich in die Ohren schreien. —

Im Kampf des Proletariats wird die Bourgeoisie die weißen Garden haufenweise aus dem Boden stampfen, ganz davon abgesehen, daß sie durch eine fortlaufende Säuberung ihrer Polizeigarden sich den zuverlässigen Stamm herausbildet, auf den sie sich verlassen kann. Und das Proletariat hat nicht die geringste Veranlassung, sich darüber Kopfzerbrechen zu machen, ob die Ordnungshüter der demokratischen Hungerordnung auch gut bezahlt werden, oder ihrer „wohl erworbener Beamtenrechnete" verlustig gehen. Die Bourgeoisie wird sie schon gut füttern, wenn sie dreinschlagen sollen, es bedarf dann nicht erst der Mahnungen der KPD.

Niemand kann zween Herren dienen, auch nicht die KPD. Sie will es auch gar nicht! Sie ist längst zu einer zahmen, verräterischen, demokratischen Regierungspartei geworden. Doch das Proletariat kommt um die harten Tatsachen seiner Klassenlage nicht herum. Noch zögert es, und wartet geduldig auf eine Milderung der Krise, und damit auf eine Besserung seiner Lage. Bei den ersten Versuchen jedoch, den eisernen Ring durch den revolutionären Aufstand zu sprengen, wird es immer von neuem am eigenen Leibe verspüren, wozu denn im letzten Grunde all die schönen Erungenschaften sind, die ihnen Severing am Kaiserdamm zeigt. Immer wieder wird mit dem Blut der Proletarier der Strich zwischen den Klassen gezogen und dem Proletariat dokumentiert werden, daß der größte Verbrecher an der bürgerlichen Gesellschaft das um sein nacktes Leben kämpfende Proletariat ist.

Daß die Sozialdemokraten Londoner und Moskauer Färbung vor dem Proletariat diese Erkenntnis immer noch verdunkeln können, das ist die stärkste Waffe der kapitalistischen Klassen. Und darum wäre es gut, diese wichtigste Waffe zur Niederhaltung des Proletariats auch am Kaiserdamm recht deutlich zu veranschaulichen. Wenn diese Waffe der demokratischen Verdummung erst zu rosten beginnt, erst anfängt stumpf zu werden, dann nützt der Bourgeoisie auch ihr physischer Apparat nichts mehr. Das reifende Bewußtsein für seine historische Aufgabe wird dem Proletariat dann die Kraft geben, mit dem Verbrecher Kapitalismus aufzuräumen, samt seinen Parasiten.

Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg.

Am **Sonntag, den 24. Oktober 1926,** findet in **Berlin** eine **Kombinierte Bezirkskonferenz der KAP. und AAU.** statt.

Provisorische Tagesordnung: 1. Wirtschaftliche und politische Lage, Organisation und Taktik. 2. Berichte aus den Ortsgruppen. 3. VRUK. 4. Jugend. 5. Verschiedenes.

Näheres wird durch Rundschreiben bekanntgegeben.

„Zimmerwald" eine Phrase ohne Inhalt

„Die Tradition aller toten Geschlechter lastet wie ein Alp auf dem Gehirn der Lebenden. Und wenn sie eben damit beschäftigt sind, sich und die Dinge umzuwälzen, noch nie Dagewesenes zu schaffen, gerade in solchen Epochen revolutionärer Krise beschwören sie ängstlich die Geister der Vergangenheit zu ihrem Dienste herauf, entlehnen ihnen Namen, Schlachtparole, Kostüme, um in dieser altehrwürdigen Verkleidung und mit dieser erborgten Sprache die neue Weltgeschichtsszene aufzuführen." (Karl Marx: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte.)

Die KAPD. ist gegen jeden Intellektuellenkoller. Sie weiß den ungeheuren Verlust, den die Arbeiterbewegung durch jene ihr treuergebenen Geister, wie Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht usw. erlitt, und von deren Wirken eine tatsächliche Befruchtung der revolutionären Arbeiterbewegung ausging, sehr wohl zu schätzen. Bei ihrer Stellung zu jener Sorte von Professoren jedoch, die bei jeder selbständigen Bewegung des Proletariats mit ausgebreiteten Armen und beschwörender Geste im Wege stehen, kann sie sich sogar auf die Stellung Rosa Luxemburgs berufen, die den Satz prägte: Die Professoren sind immer die beste Stütze der deutschen Polizei gewesen.

Die Krise der III. Internationale und die Gährung in der Opposition der KPD. hat zwei Beispiele von diesen Versuchen, wie sie Karl Marx oben charakterisiert, gezeitigt. Iwan Katz hat sich in die Toga des Spartakusbundes gehüllt, um darunter seine Unfähigkeit, die Probleme der proletarischen Revolution zu begreifen, zu verbergen, und Professor Korsch macht eine Anleihe in der Entstehungsgeschichte der III. Internationale. Der erstere hat sich unter dieser Maske schon ein halbes Dutzend mal gemausert, und ist eben dabei, sein „Programm" das er einem erstaunten Publikum bei seinem ersten Auftreten zeigte, feierlich und natürlich unter Berufung auf „Spartakus" zu verbrennen. Aus dem Satz: „Der Spartakusbund ist keine Partei, **die über die Arbeitermasse oder durch die Arbeitermasse zur Herrschaft gelangen will,** macht Katz einfach: „Der Spartakusbund ist keine Partei", um sich ein falsches Alibi für seinen Weg zum Syndikalismus der AAU—E. zu verschaffen. Der Professor Korsch hat sich in die Toga Lenins gehüllt, und ruft den Arbeitern bei ihrem ersten, schüchternen, aber immerhin selbständigen Schritt zu: „Zurück zu Zimmerwald". „Zimmerwald" — und „Zimmerwalder Linke" ist die Parole des Tages.

Schon rein äußerlich kommt hier der offene Bankrott der „alten bewährten Führer" zum Ausdruck. Bei der Lektüre der Deklarationen des Herrn Professor Korsch weht einem so recht muffig der Staub alter Akten entgegen. Man kann das Husten nicht unterdrücken. Man sieht wie ein Professor, ein richtiger teutscher Professor voll Gründlichkeit in der Geschichte blättert. Also hier, ja: Krieg, Zusammenbruch der II. Internationale. Erste tastende Versuche der Internationalisten, sowohl in der Analyse des Krieges, als auch in der Aktion eine Plattform zu finden. Zimmerwald, Zimmerwalder Linke, III. Internationale. Der Professor klappt seine Bücher zu und schreibt. Schreibt haargenau wie es gewesen ist, und natürlich wie man es wieder haben muß. Er ist für „Zimmerwald", und wer für ihn ist, dem verleiht er das Prädikat „Zimmerwalder Linke". Und weil es eine Zimmerwalder Linke ohne Lenin nicht gegeben hat, darf es auch keine zweite geben. So stellt sich der Herr Professor gleich als neuer Lenin, als Lenin Nummer zwei vor. Wer daran zweifelt, daß es nicht der neue Lenin ist, dem gibt er in seiner „kommunistischen Politik" genau die Quellen an, wer es nachlesen kann, daß Lenin gerade das getan hat, was er zu tun im Begriff ist. Sogar wie Lenin sich räusperte und wie er gespuckt, das alles hat hat er ihm glücklich abgeguckt.

Natürlich ist diese echt deutsche Wissenschaft „Marxismus" vom reinsten Wasser. Man lese doch einfach nach, ob es nicht stimmt! Wohl ist seitdem ein Jahrzehnt und mehr ins Land gegangen, aber was ist denn seitdem passiert? Nichts! Nichts, was der Rede wert wäre. — Und weil man das Lied nicht weiter kann, fängt man es wieder von vorne an.

Wir wollen sehen, was es mit dieser Parole auf sich hat, und es wird nicht schwer sein, zu beweisen, daß der Versuch, die Geschichte mechanisch zu wiederholen ein Versuch von Leuten ist, die die Revolution über ihren Büchern ein bißchen verschlafen haben.